Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 84. Mittag-Ausgabe. Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Sonnabend, den 19. Februar 1876.**

Deutschland.

0. C. Landtags-Verhandlungen.

9. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 18. Februar).

11 Uhr. Am Ministertische Camphausen, Leonhardt, Friedenthal, Geh. Ober-Finanzräthe Hoffmann, Rhode, Rötger, Schomer u. A.

Die Commissionen zur Vorberathung der Wegeordnung und des Gesetz-Entwurfs über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst sind gewählt und haben sich constituirt. Den Vorstand der Wege-Ordnungs-Commision bilden die Abgg. Braun [Waldenburg] (Vorsitzender), Mühlenbeck (Stellvertreter), Beleites und Frhr. v. Wendt (Schriftführer), den der Commission für den Gesetzentwurf über den höheren Verwaltungsdienst die Abgg. v. Bonin, Wulfshein, Belian und Hansen. — In die Budget-Commission ist an die Stelle des ausgeschiedenen Abg. Tiedemann der Abg. v. Kardorff gewählt worden.

Das Haus setzt hierauf die Berathung des Etats der directen und indirecten Steuern weiter fort.

Abg. v. Kardorff: Der Abg. Richter hat es gestern für gut befunden, an eine ziemlich harmlose Bemerkung von mir einen großen politischen und volkswirthschaftlichen Angriff zu knüpfen. Nicht erst in neuerer Zeit, sondern bereits als der Abgeordnete Richter noch gar nicht Landtagsabgeordneter war, habe ich die Ansicht vertreten, daß ein Theil der indirecten Steuern erhöht werden müsse, weil ein großer Theil unserer Communen nicht mehr im Stande ist, den an sie gestellten Anforderungen zu entsprechen. Seit ich versucht habe, volkswirthschaftliche Ansichten zu vertreten, die nicht die landläufigen sind, bin ich einer Reihe von Verdächtigungen ausgesetzt, die alles Maß überschreitet. Man hat mir vorgeworfen, daß ich mich an einer großen politischen Reaction betheiligen und die constitutionellen Freiheiten beschränkt wissen wollte. Jetzt scheint man sich doch von der Abgeschmacktheit dieser Anklagen überzeugt zu haben und beschränkt sich auf den Vorwurf, ich hätte einen schutzzöllnerischen Verein gegründet.

Es verhält sich damit einfach so: Nachdem die deutsche Industrie es gefühlt hat, daß sie durch die Handelskammern, die in erster Linie die Interessen der Börse wahrnehmen, nicht mehr richtig vertreten werde, hat sie sich endlich dazu ermannt, eine eigene Institution zu schaffen, um ihren Wünschen der Regierung gegenüber Ausdruck zu geben. Von Schutzzoll ist in dieser Vereinigung kaum die Rede. (Oho! Widerspruch links.) Gewiß, m. H., es ist sogar der radikale Freihandel in dieser Vereinigung vertreten. (Rufe links: wer?) Sie dürfen nur die Gegenstände in Betracht ziehen, die dort verhandelt werden, wie Patentgesetzgebung, Eisenbahntariffrage, Canalisationsfrage &c., um zu erkennen, daß es zumeist solche sind, an welchen die Gesammtindustrie ein gemeinsames Interesse nimmt und die ganz außerhalb der Schutzzollfrage stehen. Wenn nun der Abg. Richter gestern versucht hat, die Arbeiter bei dieser Frage in einen Gegensatz zu den Fabrikanten zu bringen, so hat mich das von ihm einigermaßen gewundert. Im Munde eines Socialdemokraten hätte ich solche Deductionen natürlich gefunden; aber es ist mir unfaßbar, wie er hier die Tribüne benutzen konnte, um die Arbeiter gegen die Fabrikanten zu hetzen. Mir ist übrigens gar nicht bange darum, daß er damit Erfolg haben könnte. Möge er doch einmal den Versuch machen, hier in Berlin die Arbeiter davon zu überzeugen, daß seine Manchestertheorie vom unbeschränkten Freihandelssystem den Interessen der Arbeiter entspricht, ich glaube, er würde da sehr unliebsame Erfahrungen machen. Eben so wenig Glück wird er bei den Arbeitern wohl damit haben, wenn er ihnen plausibel machen wollte, sie müßten sich eine Herabsetzung ihres Lohnes gefallen lassen, weil dann alle Lebensmittel billiger werden würden.

Was die zu niedrige Einschätzung der Großgrundbesitzer betrifft, so habe ich nur ausgesprochen, daß diejenige Klasse, die in der höchsten Stufe der Klassensteuer eingeschätzt war, durch Maßregeln der Regierung, wie ich annahm, in die Einkommensteuer hineingedrückt worden sei. Ich für meine Person glaube, daß der Großgrundbesitz richtig besteuert ist und halte die entgegengesetzte Ansicht, so lange von dem Abg. Richter nicht thatsächliche Beweise dafür beigebracht werden, für eine ganz leere Behauptung. Am allermeisten habe ich mich über die von Herrn Richter so sehr befürwortete Maßregel der Contingentirung der Einkommensteuer gewundert. Wenn er diese den Arbeitern anempfiehlt und sie überzeugen kann, ihre Lage werde wesentlich gebessert werden, wenn die Einkommensteuer contingentirt wird, d. h. wenn die Reichen weniger zur Einkommensteuer herangezogen werden, dann gratulire ich ihm wirklich. Ich habe bisher immer geglaubt, die Arbeiter wünschen vor Allem eine progressive Einkommensteuer, weil die contingentirte in der That nichts anderes bedeutet als die Begünstigung der Reichen zu Ungunsten der ärmeren Klassen. Wenn der Finanzminister durch die Vertheidiger solcher Anschauungen unterstützt wird, so kann er mit Recht sagen: Gott behüte mich vor meinen Freunden, vor meinen Feinden werde ich mich selbst schützen.

Abg. Dr. Lasker: Es ist eine häufige Erfahrung, daß Debatten über die directen Steuern, wenn keine Gesetzesreformation beabsichtigt wird, um so eher Gesetze hervorrufen und vor Allem ist es parlamentarische Sitte, sich jährlich über die zu große Steuerschraube zu beklagen. Wenn man hier allgemeine Vorwürfe gegen den Herrn Finanzminister richtet, weil viele Censiten aus der Klassensteuer in die Einkommensteuer versetzt worden sind, so kommt mir das vor, als wenn man ihm den Fortschritt der Industrie und des Gesammtwohlstandes des Landes vorwirft. Diesen Fortschritt wird auch ein so großer Finanzkünstler wie Herr Camphausen nicht unterdrücken können, und so lange das der Fall ist, werden zu unserer großen Zufriedenheit jährlich mehr Personen in die Einkommensteuer aufsteigen. Wäre das in einem Jahre nicht der Fall, so wäre damit in der nationalen Entwickelung Stillstand und Rückgang eingetreten. (Widerspruch.) Es ist leicht, allgemeine Klagen vorzubringen und den Schein hervorzurufen, als ob man dem Lande einen Dienst leistete. Bringen Sie substantiirte Klagen vor, stellen Sie eine Liste auf von Personen; welche erweislich ungerecht zur Einkommensteuer veranlagt worden sind. Wären diese Klagen in unserer Commission begründet befunden worden, so hätten Sie dem Lande einen Dienst geleistet. Würde der Finanzminister seine Politik nach solchen allgemeinen Vorwürfen einrichten, dann wäre er kein Politiker, sondern ein Mann der Volksversammlung. Mit Recht sind bestimmte Grundsätze der Einschätzung zum Gegenstande der Verhandlung zwischen Landesvertretung und der Regierung gemacht und, wie ich glaube, zur Zufriedenheit der Interpellanten erledigt worden. Jede andere Art der Verhandlung vermehrt ohne Grund künstlich die Unzufriedenheit der Steuerzahler, ohne die Mittel zur Abhilfe zu gewähren. In Bezug auf die Steuerpolitik hat man davon gesprochen, es sei rathsam, die Einkommensteuer zu contingentiren.

Ein solcher Vorschlag wird wohl nicht im Ernst gemacht werden, denn dann würde der steigende Wohlstand nicht steuermäßig ausgenutzt werden. Der Abg. Richter hat nur empfohlen eine Entlastung der unteren Stufen der Klassensteuer, aber es ist ihm nicht eingefallen zu sagen, man wolle nach oben eine feste Grenze ziehen, welche die Einkommensteuer nicht überschreiten solle und der Abg. v. Kardorff hat vergessen, daß der Abg. Richter neben der Contingentirung die Quotisirung der Einkommensteuer verlangt. Er will eine feste Grenze ziehen für das, was ohne jährliche Steuerbewilligung in die Staatskasse fließen muß, und außerdem jährlich feststellen, wie weit die Einkommensteuer mehr erhoben werden soll. Ich habe nicht geglaubt, daß diese elementaren Begriffe noch Mißverständnisse hervorrufen würden. — Die ferner hineingezogene Frage über directe und indirecte Steuern erinnert mich an die Unterhaltung, ob eine Sache subjectiv oder objectiv gemeint sei; solche Discussionen entsprechen einer allgemeinen Schablone. Was die Forderung des Abg. Kardorff betrifft, die directen Steuern möglichst den Communen zu überweisen, so scheint mir, daß die Regierung und die Gesetzgebung den richtigen Weg eingeschlagen hat, wenn sie zunächst die Steuern einzieht und den Selbstverwaltungskörpern gewisse Summen nach Vereinbarung überweist, aber den Communen kein directes Besteuerungsrecht ertheilt. Eine Ueberweisung des Besteuerungsrechtes des Staates an die Communalverwaltungen hieße einen Zustand der Anarchie im ganzen Lande herbeiführen, weshalb wir von dem gegenwärtigen System so schnell nicht abgehen werden. Der Abg. Richter hat auch nicht das jetzige Finanzsystem angegriffen in Bezug auf mäßige Finanzzölle, dagegen wird ein Redner, welcher Erhöhung der indirecten Steuern verlangt, nicht im Einklang mit der Politik des Finanzministers stehen. Gerade in der Quantität der indirecten Steuern besteht der Gegensatz, und diejenigen, welche aus den Erträgen derselben übermäßige Erträge erzielen wollen, müssen auf die Steuern der großen Massen rechnen. Die Luxussteuer der Reichen ist eine Bagatelle und wenn Herr v. Kardorff die Finanzzölle erhöhen will, so sollen die Mindervermögenden 10 bis 20 Millionen mehr steuern als gegenwärtig. (Bewegung.)

Das Naturgesetz, daß die Armen mehr verzehren als die Reichen, kann selbst mit Hilfe von Carey nicht weggeleugnet werden. Ich bin für den Vordersatz des Abg. v. Kardorff, daß mehr Geld in die Staatskasse kommen soll, aber gegen den Nachsatz, daß man mehr Geld machen soll aus der Besteuerung der Armen. Deshalb muß sich auch Abg. v. Kardorff die Verdeutlichung seines Systems durch den Abg. Richter gefallen lassen, damit die Arbeiter wissen, daß sie unter den sehr schön klingenden Redensarten des Abg. v. Kardorff eine viel größere Belastung in Aussicht gestellt erhalten. Die Politik des Finanzministers ist bekannt genug, daß er mäßige Finanzzölle will, aber dem System des Herrn v. Kardorff in Gestalt von mäßigem Schutzzoll oder unmäßigem Finanzzoll, ist er nicht geneigt. — Der Abg. Röckerath hat gestern mit einer erstaunlichen Schilderung von den Zuständen des Landes Klage geführt über zu hohe Einschätzung der Einkommensteuer. Die Regierung hat hierüber nicht nach meinem Geschmacke die Entscheidung vollständig an die Organe der Selbstverwaltung abgegeben, trotzdem werden die Klagen jetzt gegen den Finanzminister gerichtet, weil nach der Darstellung des Abg. Röckerath die Mitglieder der Einschätzungs-Commission unselbstständige Diener der Staatsbeamten seien. Ob für dieses Zeugniß ihm seine Wähler sehr dankbar sein werden, weiß ich nicht; möglich ist, daß er solchen Mangel jeder Thatkraft bei ihnen wahrgenommen hat. (Heiterkeit.) Für meine Wähler protestire ich gegen eine solche Voraussetzung und glaube, das auch für die Wähler des Abg. Dr. Röckerath thun zu können. Für die von dem Abgeordneten geschilderten Verhältnisse, falls sie wirklich wären, wäre der Bildungszustand des Volkes verantwortlich, nicht der Finanzminister, namentlich aber die Gesetzgebung, welche nicht das vom Abg. Röckerath befürwortete System der bureaukratischen Bevormundung einführte, sondern unselbstständige Menschen zur Selbstverwaltung berief. Man kann die Schuld nicht der Regierung oder einem einzelnen Beamten dafür zuschieben, daß unselbstständige, gewissenlose Personen als Einschätzer das Volk überlasten. Ich protestire dagegen im Namen des Volkes, welches mündig genug ist, die Angelegenheiten seiner Selbstverwaltung wahrzunehmen. (Beifall links. Zischen rechts.)

Abg. Frentzel: Ich habe als Mitglied der Bezirks-Commission im Kreise Gumbinnen eine substantiirte Beschwerde vorzubringen. Ich glaube der ministeriellen Versicherung, daß die Anziehung der Steuerschraube nicht anbefohlen sei, aber Thatsache ist, daß in einem Besteuerungsplane der Regierung in Gumbinnen der Reinertrag von jedem Morgen Land der bäuerlichen Besitzer auf sechs bis 8 Thaler ausgerechnet wurde. Jeder Kenner der Landwirthschaft wird das zu hoch finden. Die üblen Folgen dieses später zurückgenommenen Erlasses sind geblieben, da die Bezirks-Commission, an welche seit zwei Jahren die Reclamationen und Berufungen in Klassensteuersachen gelangen, diese sehr schwer prüfen kann, da man über die Verhältnisse der entfernt wohnenden kleinen Leute sich sehr schwer Auskunft verschaffen kann. Anders ist es mit den Bauern. Hatten wir diese in Folge gründlicher Prüfung herabgesetzt, so wurde von der Regierung an den Finanzminister appellirt und unsere mühsame Arbeit war umsonst. (Hört!) Die Abhilfe dieser substantiirten Beschwerde kann dadurch geschaffen werden, daß man künftig im Finanzministerium die Herabsetzungen gewissenhafter Commissionen gründlicher prüft. Die Besteuerung der großen Grundbesitzer im Kreise Gumbinnen ist nicht zu niedrig, wohl aber die der kleineren Grundbesitzer zu hoch, weil die Bezirks-Commission nicht endgiltig über die Klassensteuer entscheidet. Hierfür würde ich Kreis-Commissionen empfehlen und hierfür werden sich zur unentgeltlichen Uebernahme in jedem Kreise wohl fünf oder sechs Männer finden.

Finanzminister Camphausen: Die erste Klage des Vorredners bezog sich auf einen Fall der Veranlagung zur Klassensteuer. Zu dieser nimmt die Finanzverwaltung in Folge ihrer gesetzlich bestehenden Contingentirung die objectivste und unbefangenste Stellung von der Welt ein. Es kann für die Staatsregierung völlig gleichgiltig sein, ob alle den Reclamationen gegen die Einschätzung in diese Steuer genügt wird oder nicht. Die Folge, wenn das erstere geschieht, würde nur sein, daß das Steuereinkommen zu niedrig würde und daß ein Zuschlag zur Klassensteuer gemacht werden, und die Verminderung, die wir in den letzten Jahren, im vorigen von 1 Thlr. auf 28 Sgr., im laufenden auf 29 Sgr., haben eintreten lassen, wieder fortfallen müßte. Das Haus kann versichert sein, daß die Regierung bei der Prüfung der Reclamationen mit der größten Gewissenhaftigkeit zu Werke geht. Bei allem, was in dieser Beziehung geschieht, wird allein das Ziel verfolgt, eine richtige und gleichmäßige Veranlagung herbeizuführen. Was nun die von der Regierung in Gumbinnen erlassene Instruction betrifft, so bekenne ich, daß mir dieses Vorkommniß nicht bekannt ist, daß ich mich des Urtheils enthalten muß, ob in dieser Instruction Grundsätze ausgesprochen waren, die in ihrer Allgemeinheit verwerflich sind. Ich werde aber sehr gern Veranlassung nehmen in die Verhandlungen, die diesem speciellen Fall zu Grunde liegen, Einsicht zu nehmen und zu sehen, ob wirklich irgend ein Anlaß zur Beschwerde gegeben ist. Wenn aber gestern und heute die Politik des Finanzministers in Bezug auf die Veranlagung zur Einkommensteuer angegriffen wurde, so erwidere ich meinerseits: ich verfolge die Politik und jeder, der künftig an dieser Stelle stehen wird und seine Pflicht thut, wird dieselbe Politik verfolgen müssen, das ist einfach der Wächter des Gesetzes zu sein. (Beifall.)

Was das Gesetz bestimmt hat, das muß unsererseits ausgeführt werden, und da haben wir nicht zu untersuchen, ob die Bestimmungen des Gesetzes in einzelnen Fällen mehr oder weniger schwere Folgen nach sich ziehen können, sondern so lange wie das Gesetz besteht, hat die Verwaltung sich nach diesem Gesetze zu richten. (Sehr richtig!) Wenn der Abg. v. Kardorff vorhin aussprach, es wären zu viel Leute in die Einkommensteuer hineingedrückt worden, so sage ich: sofern die betreffenden Steuerpflichtigen ein Einkommen von mehr als 1000 Thlr. haben, so mußten sie in die Einkommensteuer gebracht werden und jeder Beamte hätte pflichtwidrig gehandelt, wenn er sie nicht in die Einkommensteuer hineinbrachte. (Sehr richtig!) Die Regierung wird nach wie vor, m. H., ihres Amtes wahren, Niemandem zu Lieb und Niemandem zu Leid. (Beifall.)

Abg. v. d. Goltz: Den Klagen über die zu scharfe Anziehung der Steuerschraube kann ich mich nur anschließen. Wenn der Nationalwohlstand fortdauernd ein steigender ist, so ist es gerechtfertigt, eine allmälige Versetzung der in der oberen Klassensteuerstufe Befindlichen eintreten zu lassen; wenn aber diese Maßregel auch im vorigen und im laufenden Jahre eingetreten ist, so ist das durchaus verkehrt und ungerecht. Denn wer nur einen Blick in das Land thut, wird anerkennen müssen, daß gegenwärtig der Nationalwohlstand überall tief zerrüttet darniederliegt. Auch die Lage der Großgrundbesitzer, namentlich in den östlichen Provinzen, ist eine so traurige, wie seit 25 Jahren nicht. (Sehr wahr! rechts.) Die Großgrundbesitzer haben von dem industriellen Aufschwung der Jahre nach dem Kriege so gut wie gar keinen Vortheil gehabt; sie hatten insbesondere empfindlich unter dem Arbeitermangel zu leiden und die Steigerung des Preises der Bodenproducte bildete nur ein geringes Aequivalent dafür. Gegenwärtig aber ist die Lage für viele Großgrundbesitzer eine geradezu fast verzweifelte. Sie können nicht wie die Großfabrikanten ihre Arbeiter entlassen und die Wirthschaft brach legen, sie müssen unter allen Umständen mit den größten pecuniären Opfern fortwirthschaften, und es ist sehr zu befürchten, nach den Erfahrungen, die in der jüngsten Zeit gemacht sind, daß sehr bald in diesen Landestheilen, vielleicht noch in diesem Jahre, eine allgemeine Katastrophe über den Großgrundbesitz hineinbricht. Unter diesen Umständen war die Ansicht des Abg. Richter, daß der Grundbesitz höher besteuert werden müsse, in keiner Weise gerechtfertigt.

Abg. v. Lyskowski: Als vor einigen Jahren der Finanzminister mit einem Ueberschuß der Einnahmen hervortrat, kam man sofort darauf, die Lage der arbeitenden Klassen durch Herabminderung der Steuern zu verbessern. Zuerst trat man mit der Abschaffung der Salzsteuer hervor und that damit ganz recht, dann aber kam man ferner dazu, die unterste Klassensteuerstufe aufzuheben. Die Voraussetzung bei diesem Schritte war, daß die Arbeiterfamilien, die bisher auf 15 Silbergroschen eingeschätzt waren, von der Steuer überhaupt befreit sein sollten. Der Sinn dieser Auffassung ist auch in die Praxis übergegangen, und wirklich ein ganzes Jahr brauchte die unterste Klasse keine Steuer zu bezahlen; aber auch nur ein Jahr. Da kam plötzlich ein anderer Wind; die Landräthe erklärten, daß das Gesetz nicht so aufzufassen sei, es wurden Regierungs-Commissare entsendet, und man brachte wirklich jede Familie auf 140 Thlr. Einkommen einfach durch folgenden Schluß: eine Familie kann unter 140 Thlr. nicht auskommen, also muß sie jährlich mindestens 140 Thlr. haben. Nun tritt aber noch ein Grund hinzu, der die Uebelstände bedeutend vergrößert, das ist nämlich die Thatsache, daß nicht alle Regierungen und Landräthe die Steuerschraube in gleicher Weise anziehen, und so tritt ein heilloser Wirrwarr ohne alle Grenzen ein. Sie sehen, daß das eine völlig substantiirte Klage ist, und ich erwarte, daß der Herr Finanzminister Schritte thun wird, um Abhilfe eintreten zu lassen; vor allem aber hoffe ich, daß, wenn Schritte gethan werden, sie in dem Sinne geschehen, welcher dem Gesetze bei seiner Durchberathung in diesem Hause zu Grunde gelegen hat, daß nämlich die unterste Klasse völlig befreit bleiben möchte.

Regierungs-Commissar Geh. Finanzrath Rhode: Die Ansicht des Herrn Vorredners, als ob der Sinn des betreffenden Gesetzes die Befreiung der untersten Klasse von Steuern gewesen sei, ist wohl eine Verwechselung mit einer früheren Vorlage, die diesem Hause vorgelegen hat. Was die Specialitäten anlangt, so kann ich hierauf nicht näher eingehen, aber von dem Kreise Bromberg, welchen der Vorredner vertritt, will ich nur anführen, daß in demselben 46 Procent völlig befreit sind, während die Durchschnittsziffer für den ganzen preußischen Staat nur 24 Procent beträgt. Ebenso kann ich in Bezug auf die Bemerkungen des Herrn Abg. v. Kardorff über die Erhöhung der classificirten Einkommensteuer nur mit wenigen Zahlen antworten. Dieselben waren folgendermaßen: Im Jahre 1872 etwa 21 Millionen Mark, 1873 25 Millionen, 1874 28 Millionen, 1875 30 Millionen, 1876 31 Millionen. Die Erhöhung betrug also im Jahre 1873 15 Procent, 1874 14 Procent, 1875, als sich die Folgen der Calamität in Handel und Industrie geltend machten, $4\frac{9}{10}$ Procent und im Jahre 1876 $2\frac{9}{10}$ Procent. Sie sehen also, daß die Erhöhung der classificirten Einkommensteuer stets dem nationalen Wohlstand gefolgt ist.

Abg. Duncker: Es sind hier heute die verschiedenartigsten Klagen laut geworden, und für Alles wurde der Finanzminister verantwortlich gemacht. Von der einen Seite wurde über den harten Druck der Steuern geklagt, und der Herr Finanzminister hat ganz richtig mit dem Hinweis auf das Gesetz geantwortet. Die Klagen über die classificirte Einkommensteuer hat der Herr Regierungcommissar durch seine Zahlen als vollkommen grundlos hingestellt. Aber gegen die Auffassung muß ich doch protestiren, als ob diese Steuer den Maßstab für den nationalen Wohlstand abgeben sollte, und daß dieser demgemäß in den letzten Jahren gesunken sei, da in den Städten 112,387 und auf dem platten Lande sogar nur 38,109 Personen veranlagt worden sind, also zusammen 150,496 Personen.

Ich glaube also, daß wir das Bestreben der Staatsregierung, diejenigen, die über 1000 Thaler haben und noch nicht veranlagt sind, in die Einkommensteuer hineinzudrücken, durchaus unterstützen müssen, und man kann es dem Finanzminister nicht verdenken, daß er streng vorgeht, oder, wie er sich selbst ausdrückt, als energischer Wächter des Gesetzes auftritt, und unnachsichtig auftritt. Was nun die Ideen des Abgeordneten Kardorf anlangt, so glaubt er doch nicht etwa, daß sie die alleinseligmachenden seien. Wenn er meint, daß wir mit unseren Ansichten für die directen Steuern und gegen den Schutzzoll in einer Arbeiterversammlung nicht Anklang finden würden, so würde es sich doch noch um einen praktischen Versuch handeln; im Uebrigen ist er doch wohl Politiker genug, um sich nicht durch eine mehr oder minder zufällig zusammengesetzte Versammlung in seinen politischen Anschauungen bestimmen zu lassen. Wenn aber derartige Anklagen ohne weitere Begründung vorgebracht werden, so werden dadurch die Gemüther nur erregt und der Regierung die beste Waffe, die sie gegen den Socialismus in in der Hand hat, stumpf gemacht. Statt dessen sollte man lieber zur Aufklärung der Steuergesetzgebung beitragen, so wird man damit dem Lande einen Dienst erweisen.

Abgeordneter Richter bemerkt persönlich, daß der Abgeordnete Kardorff seine gestrigen Ausführungen völlig mißverstanden habe; in Bezug auf seine schutzzöllnerischen Bestrebungen werde er sich erlauben, bei dem Capitel der Zölle näher einzugehen.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel 14; „Veranlagung und Erhebung der Klassensteuer" weist Abg. Miquel auf die ungerechte Veranlagung dieser Steuer hin, die von vielen Gemeinden im eigenen Interesse gemacht werde, weil die Communalsteuern sich unmittelbar an die Staatssteurrn anlehnten, und weil durch die Befreiung der untersten Klasse eine bedeutende Einnahme den Gemeinden entgangen sei.

Sämmtliche folgenden Titel der directen Steuern werden genehmigt.

Es folgt der Etat der indirecten Steuern, und zwar zunächst das Capitel der Zölle.

Abg. Richter (Hagen): Wenn die Vereinigung, an deren Spitze Herr v Kardorff vorgestern getreten ist, für radicalen Freihandel ist, so ist es doch ein sonderbarer Zufall, daß alle deutschen schutzzöllnerischen Agitatoren sich in diesem Verein zusammengefunden haben unter der Führung des Mannes, welcher diese Richtung augenblicklich im Reichstag und Landtag vorzugsweise vertritt. Hat sich wirklich ein radicaler Freihändler hineingefunden — der Name ist nicht bekannt — so ist er offenbar nur dazu da, bekehrt zu werden. (Heiterkeit.) Die gestrige Bemerkung des Abg. v. Kardorff über indirecte Steuern war doch nicht so beiläufig, wie sie wohl scheinen könnte. In gleicher Weise ist nämlich eine Organisation zur Vertretung der besonderen Agrarinteressen gegenwärtig im Gange, welche unter dem Namen des Herrn Elsner v. Gronow vorgestern an die Adresse des Herrn v. Kardorff die Aufforderung gerichtet hat, auch für die landwirthschaftlichen Schutzzölle zu agitiren, da er doch schon so viel für die Landwirthschaft namentlich durch seine neulichen Spritreden gethan habe. Herr v. Kardorff hat darauf in seiner „Börsen- und Handelszeitung" seine Verdienste um die Landwirthschaft hevorgehoben, und es ist jedenfalls ein interessanter Zufall, daß zwischen diese Vorgänge seine Rede über die Benachtheiligung des Grundbesitzes bei der Steuerveranlagung trotz Mißwachs gefallen ist. Solche entstehende Verbindungen zur Vertretung gewisser Parteiinteressen sind unschädlich und die politischen Parteien brauchen sich nicht mit diesen, sondern nur mit ebenbürtigen politischen Parteien zu beschäftigen. Ich stelle diese Vertretungen von Parteiinteressen nicht höher als die Socialdemokraten, welche auch nur für Sonder- oder Standesinteressen agitiren, da die Agitationsweise in beiden Fällen dieselbe ist. Beide Parteien führen gewisse bestehende Mißstände auf die Gesetzgebung zurück, und führen dieselben auf die Wirthschaftspolitik der Minister und der sie stützenden parlamentarischen Majorität zurück.

Das hat vor acht Tagen ein Gesinnungsgenosse des Herrn v. Kardorff den Berliner Arbeitern in der Villa Colonna glauben machen wollen, und letzterer hat sich wohl deshalb auf dieselbe bezogen. Ich kenne die Berliner Arbeiter auch und glaube schwerlich, daß sie hierauf „reinfallen" werden. Dieselben sind in Bezug auf Zollagitationen zwiefacher Meinung; die einen wollen Besserung ihrer pecuniären Verhältnisse von Staatswegen nicht in der künstlichen Form der Schutzzölle (Sehr richtig!), nicht durch die Vormittelung der Fabrikanten, wo doch Allerlei hängen bleiben kann, sondern direct. (Sehr richtig!) In den Augen dieser Arbeiter ist der Herr von Kardorff ein sehr viel kleinerer Apostel als Herr Hasselmann, diese verlangen viel größere Dinge als Herr von Kardorff. Die anderen Arbeiter, welche mich und meine Freunde bisher unterstützt haben, sträuben sich zwar nicht gegen die wenigen Groschen Zoll, aber sie meinen, daß eine Erschwerung des Imports auch eine Erschwerung des Exports herbeiführt. Wir wollen nicht die Arbeiter für die Exportindustrie brotlos und sie zu Concurrenten der Arbeiter der Importindustrie machen. Die Folge der Schutzzölle für alle Industriezweige, welche sich unter die Fahne des Abg. v. Kardorff geschaart haben, ist die Vertheuerung aller Producte derselben. In Amerika ist eine solche künstliche Vertheuerung herbeigeführt worden durch den Schutzzoll, bei uns durch Ueber-

speculation und die Gründer. Die Folgen sind in beiden Fällen dieselben, die Leiden der arbeitenden Klassen. Zu diesen Leiden haben jene Herren, welche sich heute so warm der Arbeiter annehmen, in der Gründerperiode vieles beigetragen, wie ja der Bericht der Eisenbahnuntersuchungs-Commission nachweisen wird. Wenn die Arbeiter in Berlin wie in der Grafschaft Mark kein sehr schlechtes Gedächtniß haben, werden sie wissen, wo sie ihre wahren Freunde, wo sie ihre Gegner zu suchen haben. (Beifall.)

Abg. v. Kardorff: Der Herr Abg. Richter hat soeben wieder Veranlassung genommen, ich weiß nicht, aus welchem Grunde, seine persönlichen Angriffe gegen mich zu richten; ich werde auf dieselben bei Gelegenheit der Verhandlung über den Bericht der Untersuchungscommission zurückkommen. Auf die sachlichen Erörterungen habe ich natürlich keine Veranlassung näher einzugehen, weil ich dieselben für falsch halte. (Oho! links.) Der ganze Zweck der eben gehörten Rede scheint mir der gewesen zu sein, bei den Berliner Arbeitern einen Effekt zu erzielen; ich glaube aber, daß die Rede bei denselben eben so wenig Eindruck machen wird, wie sie es wohl in diesem Hause gethan hat. (Widerspruch links.)

Die Position wird bewilligt.

Beim Titel 14: „Einnahmen aus Brückenzöllen" beklagt sich Abgeordneter Gescher darüber, daß trotz des im vorigen Jahre allseitig ausgesprochenen Wunsches die Aufhebung dieser Zölle noch nicht stattgefunden habe. Die Aufhebung der Chausseegelder habe stattgefunden, aber die Aufhebung der Brückenzölle würde eine nicht minder große Verkehrserleichterung herbeiführen, wie jene.

Regierungs-Commissar Geh. Finanzrath v. Pommer-Esche bemerkt, daß man aus sachlichen und finanziellen Rücksichten nach gründlichen Erwägungen von einer Aufhebung Abstand genommen habe.

Abg. Windthorst: Es ist zwar sehr gut, daß der Herr Regierungs-Commissar uns erklärt, daß ernstliche Erwägungen stattgefunden haben, aber wir wünschten doch auch wirklich zu hören, welcher Art denn diese gewesen seien. Die finanziellen Gründe sind wohl klar, die Herren wollen eben mehr Geld haben; was aber die sachlichen Gründe anlangt, so wäre es doch zu wünschen, daß der Herr Commissar uns dieselben näher vorführte.

(Es erfolgt keine Antwort von Seiten des Regierungstisches.)

Abg. Windthorst (Meppen): Da keine Antwort erfolgt, so glaube ich, daß überhaupt keine sachlichen Gründe existiren.

Der Titel wird genehmigt

Bei dem Capitel der „Außerordentlichen Einnahmen" wünscht Abg. Löwenstein die Abschaffung des Frankfurter Meßzolles.

Reg.-Commissar Geh. Finanzrath v. Pommer-Esche weist darauf hin, daß in Leipzig und Braunschweig ähnliche Meßzölle beständen, und daß dieselben für die verschiedenen Leistungen forterhoben werden würden.

Sämmtliche Einnahmen werden genehmigt.

Beim Cap. 8 der Ausgaben „Zoll- und Steuer-Erhebung und Controle" beklagt sich der Abg. Frentzel darüber, daß die Steuerbeamten in Ostpreußen im Allgemeinen hinter dem Durchschnittsgehalt zurückständen, und daß man nicht einmal auf die Anciennität Rücksicht nehme.

Reg.-Commissar Geh. Rath v. Pommer-Esche bemerkt, daß es der Regierung erwünscht sein würde, wenn die Beamten, welche Klagen zu führen hätten, den geordneten Instanzenzug beschritten.

Abg. Grünhagen stellt als eine billige Forderung der ostpreußischen Beamten hin, daß erstens die Hauptsteuerämter klassificirt und zweitens Anciennitätslisten veröffentlicht werden möchten

Abg. Frentzel weist darauf hin, daß er im vorigen Jahre concrete Fälle vorgeführt habe. Wenn Klagen, welche durch Abgeordnete vorgebracht würden, noch nicht auf dem geordneten Instanzenzug stattfänden, so wisse er wahrhaftig nicht, was ein geordneter Instanzenzug sei.

Die Positionen werden sämmtlich bewilligt. Schließlich geht das Haus über eine Anzahl von Petitionen, welche zu diesem Etat vorliegen, zur Tages-Ordnung über, weil die Verhältnisse seit dem Vorjahre sich nicht geändert hätten.

Der Etat des Gesetzsammlungsamts wird ohne Debatte bewilligt, dagegen veranlaßt der Etat des „Deutschen Reichs- und Preußischen Staats-Anzeigers" diesmal eine Erörterung.

Abg. Crämer (Redacteur der „Germania"): Der Redacteur des „Staats-Anzeigers" befindet sich in einer eigenthümlichen Stellung. Er ist zwar in erster Linie Journalist; wenn er aber vertreten soll, was er als solcher gesagt hat, wenn er zu Rectificationen und Berichtigungen angehalten wird, so versteckt er sich hinter seine Beamtenqualität und läßt womöglich gegen den Zudringlichen, der eine Berichtigung von ihm fordert, wegen Beamtenbeleidigung Anklage erheben. Es hat sich das im Jahre 1873 zugetragen, wo auf die erhobene Anklage das Gericht vom Curatorium des „Staats-Anzeigers" Auskunft über die amtliche Stellung des Redacteurs verlangte und den Bescheid erhielt, seine amtliche Thätigkeit bestehe in der Zusammenstellung des nichtamtlichen Theils. Darauf hin ist die Verurtheilung wegen Beleidigung einer öffentlichen Behörde erfolgt und das Jahr, welches mein College Majunke in Plötzensee zugebracht hat, schloß zugleich die damals ausgesprochene Strafe in sich. Worin nun die amtliche Thätigkeit eines Mannes bestehen soll. der einfach besorgt, was jeder Zeitungs-Redacteur thut, das weiß ich nicht. Jedenfalls ist die exceptionelle Stellung, welche er den übrigen Vertretern der Presse gegenüber einnimmt, eine der größten Ungerechtigkeiten. (Zustimmung im Centrum.) Ich erbitte mir ferner Auskunft darüber, wie es kommt, daß die Herausgabe des „Staats-Anzeigers" — es ist das gewiß ein lucratives Unternehmen — noch einen Zuschuß von 5000 Thalern erfordert. Ich kann mir das nur aus dem ungünstigen Contract erklären, der mit Herrn Mosse wegen der Inseratenpacht abgeschlossen worden ist — denn der Name dieses Mannes bürgt dafür, daß er nichts umsonst thut. Ich sehe nicht ein, warum der Staat den Vortheil, den das Unternehmen abwirft, nicht selbst ziehen soll.

Geheimer Ober-Regierungsrath Zitelmann: Der Redacteur des „Staats-Anzeigers" ist schon seit 25 Jahren Beamter; er figurirte früher auf dem Etat des Staatsministeriums, bis zuerst im Jahre 1874 ein eigener Etat des „Reichs- und Staats-Anzeigers" aufgestellt wurde. Als Redacteur eines amtlichen Organs muß er natürlich auch in amtlicher Stellung sein, wie er denn auch die Composition des nicht amtlichen Theiles einer amtlichen Instruction gemäß vornimmt. Die Einkünfte des Blattes lassen sich noch nicht genau übersehen, weshalb ein Zuschuß zur Zeit noch nicht entbehrt werden kann. Herrn Mosse sind übrigens die Inserate nicht in Pacht gegeben worden, derselbe hat sich vielmehr nur verpflichtet, Inserate zu verschaffen; der Satz, der ihm dafür vergütet wird, ist ein sehr mäßiger.

Abg. Dr. Windthorst (Meppen): Ich bin durch die erhaltene Aufklärung sehr befriedigt. (Heiterkeit.) Es wird uns versichert, daß der Redacteur des „Staats-Anzeigers" ein Beamter sein müsse. Ich glaube, es wäre richtig, diesen für sich bestehenden Beamten wieder in das Staatsministerium zurückkehren zu lassen, nachdem der Minister-Präsident im Reichstage erklärt hat, der „Reichs-Anzeiger" sei das einzige officielle Organ. Danach wäre eigentlich Fürst Bismarck selbst der intellectuelle Redacteur. Dann müsse das Blatt sich aber auch in seiner äußern Erscheinung als officielles Organ präsentiren, insbesondere müßte der ganze nicht officielle Theil absolut wegfallen, und für die Inserate von öffentlicher Bedeutung wäre es rathsam, ein eigenes Journal zu schaffen, weil viele, die diese Inserate lesen müssen, keine Neigung haben, auch die Elaborate des officiellen Theils zu lesen. Wenn der Minister-Präsident Journalistik in dem nicht officiellen Theil des Blattes treiben will, so muß er auch auf alle Vortheile seiner Stellung verzichten und sich rein und ganz in die Reihe der Journalisten stellen, sonst sind die Waffen nicht gleich und mit ungleichen Waffen kämpfen, ist nicht deutsche Sitte. (Beifall im Centrum.) Es ist dies ein sehr lehrreiches Capitel und ich entnehme daraus, daß ich jeden Groschen für dieses Journal abzulehnen habe; denn was es für Zuschuß leistet, ist keinen Pfennig werth (Heiterkeit).

Der Einnahmeetat des „Reichs- und Staatsanzeigers" wird hierauf ohne Widerspruch, der Ausgabeetat desselben gegen die Stimmen des Centrums und der Polen bewilligt.

Es folgt der Etat des Bureaus des Staatsministeriums. Zu Tit. 12: Dispositionsfonds für allgemeine politische Zwecke 93,000 Mark ergreift das Wort

Abg. Richter (Hagen): Nach der Art, wie sich die officiöse Presse auch im letzten Jahre aufgeführt hat, brauche ich kaum die Erklärung, daß wir gegen diese Position stimmen werden, näher zu begründen. Indessen veranlassen mich die Aufklärungen, welche der Ministerpräsident ganz spontan im Reichstage über die officiöse Presse gegeben hat, doch zu einigen Bemerkungen. Der Ministerpräsident veranschaulichte zunächst die verschiedenen Nuancen des Officiösenthums und bemerkte weiter, wie die früheren Werkzeuge des Auswärtigen Amts auf eigene Rechnung Tactlosigkeiten begangen hätten, welche dann der Firma der Regierung zur Last gelegt worden sind; daß man auch viel Publicationen für officiös gehalten habe, welche es nicht gewesen. Aus diesen Gründen will das Auswärtige Amt jede Beziehung mit den Reptilien abgebrochen haben. Ich hoffe, daß diese Erklärung diejenigen über die gegenwärtige Bedeutung des Fonds aufklären wird, welche denselben bisher in der Ueberzeugung bewilligt haben, daß er nationalen Zwecken, den Zwecken unserer auswärtigen Politik zu Gute käme. Ich weiß nicht, ob die Betonung des Auswärtigen Amts in der Erklärung des Ministerpräsidenten die Bedeutung und den Sinn haben sollte, daß bei der inneren Verwaltung Alles beim Alten bleiben solle. Ich bin besonders zweifelhaft darüber, ob die Lossagung sich nur auf das Auswärtige bezog oder eine allgemeinere Bedeutung hatte. Wer die Rede des Ministerpräsidenten vergleicht mit dem, was kurz vorher in der officiösen Presse geschrieben worden ist, so wird man finden, daß die Stichworte der ministeriellen Rede bereits in ihr vorher verarbeitet waren; selbst die auffälligen Aeußerungen über die republikanischen Auffassungen der Fortschrittspartei, insbesondere des Abg. Hänel waren bereits einige Tage vorher in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" zu lesen (Hört!), allerdings nicht 10 Procent so höflich, wie der Ministerpräsident sie aussprach.

Aber es ist ja möglich, daß nur in Folge der langjährigen gegenseitigen Beziehungen ein gewisser geistiger Rapport übrig geblieben ist, der jene Organe im Voraus ahnen ließ, was der Ministerpräsident demnächst aussprechen wollte. (Große Heiterkeit) Wenn die Regierung Anstand nimmt, sich selbst auch der inneren Reptilien zu entledigen, so leisten die ihr näher stehenden ihr vielleicht einen guten Dienst, wenn sie sie durch Streichung des Fonds ermuntern, einmal die Erfahrungen des Auswärtigen Amts sich zu Nutze zu machen. Der Ministerpräsident hat u. A. bemerkt, es sei zwar unbequem, unter Umständen nur in der anerkannt officiösen „Provinzial-Correspondenz,' seine Meinung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, indessen sei er wenigstens dort vor Kukukseiern sicher und nur für das verantwortlich zu machen, was er oder seine Collegen zu vertreten hätten. Aus diesem Titel wird nun die „Provinzial-Correspondenz" gespeist. Nach jener Erklärung gewinnt natürlich jeder Artikel der „Provinzial-Correspondenz" für uns eine erhöhte Bedeutung. Nun hat im December der sogenannte Schmerling-Artikel in diesem Blatte die Geschäftsleute in hohem Grade beunruhigt. Er scheint indessen zu denjenigen Spectakel-Artikeln gehört zu haben, die nicht Brand legen, sondern Löschmannschaften herbeiführen sollen, wenn sich ein Brandgeruch verspüren läßt. Aber Sie finden in der „Provinzial-Correspondenz" auch Kritiken sehr abfälliger Natur über Reichstagsverhandlungen, insbesondere über Verhandlungen zwischen dem Reichstage und dem Minister Graf Eulenburg, die diesem wahrscheinlich näher bekannt sein werden. Die Rede des Ministers ist abgedruckt unter dem schönen Titel: „Die sociale Gefahr für Staat und Kirche" — oder das rothe Gespenst um Mitternacht, so könnte man hinzufügen! (Große Heiterkeit.) In einem kritischen Artikel über die Reichstags-Verhandlung wird dann von den „ausführlichen, rein sachlichen und auf schlagende Beweisstücke gestützten Darlegungen des Ministers gesprochen und die bereits im Voraus feststehende Beschlußnahme der Versammlung bedauert und schließlich gegen die Abgg. Lasker und Bamberger polemisirt.

Zuletzt wird von der Wiederaufnahme überwundener Parteileidenschaft gewarnt. Wenn der Minister in dieser Anerkennung seiner Beamten einen Trost für die verfehlte Wirkung im Reichstage findet, so will ich ihm den gern gönnen. Aber ich muß doch sagen, daß Staatsgelder nicht dazu da scheinen, Parteipolemik zu treiben, mag es sich nun um die nationalliberale oder eine andere Partei handeln. Beginnt man jetzt schon in Artikeln die Bevölkerung zu den Abgeordneten in Gegensatz zu bringen, so frage ich: Was wird die „Provinzial-Correspondenz" erst bei den Wahlen leisten? Nachdem der Ministerpräsident indessen später selbst die große Bedeutung der parlamentarischen Debatte — die sich viel wirksamer erwiese, als Straf-Artikel — anerkannt hat, hat er mit der officiösen „Provinzial-Correspondenz" auch den Grafen Eulenburg in einer Weise dementirt, wie sie selten ein Regierungscommissar von seinem Chef erfährt. Besonders unangenehm berührt es mich, daß der Reichstag in seiner Gesammtheit Gegenstand des Angriffs gewesen ist. Was soll es heißen, wenn ein officiöses Blatt eine officielle Körperschaft in dieser Weise angreift? Was würde der Minister sagen, wenn der Vorstand des Hauses eine parlamentarische Correspondenz herausgeben und darin in ähnlicher Weise sein Auftreten kritisiren wollte? Und es handelt sich noch um die Stellung eines Particularministers zu einer Reichskörperschaft. Was würden Sie sagen, wenn einmal die sächsische Regierung, wenn sie eine ähnliche Niederlage wie Graf Eulenburg erlitten hätte, sich in ihrem Organe in solcher Weise äußerte? Dergleichen ist doch selbst der mecklenburgischen Regierung bisher nicht passirt! (Heiterkeit.) Wenn dieser Fonds noch einmal bewilligt werden sollte, so müssen wir erwarten, daß derjenige Ton des Anstandes und der Höflichkeit, den der Ministerpräsident neulich der gesammten Presse empfohlen hat, vor Allem in der „Provinzial-Correspondenz" eingeschlagen wird. (Beifall links.)

Minister Graf zu Eulenburg: Die Frage über die Nothwendigkeit der Bewilligung von Mitteln zu Preßzwecken ist so häufig hier erwogen worden, daß eine Für- und Gegenrede eine Aenderung der Ansichten nicht hervorbringen wird. Bei dem Einflusse der Presse kann die Regierung den natürlichen Kampf im Staatsleben nicht auf dem richtigen Niveau halten, wenn sie nicht auf die Presse wirken kann und dazu bedarf sie Geld. Auch nach den Bemerkungen des Abg. Richter wird die bisherige Majorität diesen Fonds bewilligen. — Die Provinzialcorrespondenz ist, wie Sie aus dem Munde des Fürsten Bismarck gehört haben, ein Blatt der Regierung, nicht mein Blatt. Ich habe keine persönliche Verantwortlichkeit, schreibe auch keine Artikel für dieselbe, und lese dieselben häufig erst, wenn sie gedruckt sind. Mir kommt es auch manchmal so vor, als wenn ich gegen den Ton dieser Artikel etwas auszusetzen hätte. (Heiterkeit.) Darum kann das Blatt im Ganzen vortrefflich redigirt sein. (Widerspruch links.) Fühlt sich der Einzelne auch durch manchen Artikel verletzt, so finden ihn viele andere gut, und schließlich entscheidet darüber der Erfolg des Blattes im Allgemeinen. Bei meiner Rede im Reichstage habe ich das Gefühl der Niederlage nicht gehabt. Es ist mir nicht eingefallen, daß das, was ich damals im Interesse des Staates sagte, Einfluß haben würde auf die Abstimmung, ich wußte, daß die betreffenden Paragraphen abgelehnt werden würden, aber ich durfte die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, über die Vielen unbekannten großen Gefahren Aufklärung zu geben und die zur Abwehr nöthigen Mittel zu empfehlen.

Daß diese meine Pflichterfüllung Früchte getragen hat, dafür kommen aus vielen Theilen des Landes Beweise, und wenn der Artikel der „Provinzial-correspondenz" diese Seite etwas scharf hervorgehoben hat, so ist das für die Herren, die die Strafgesetzartikel für unzweckmäßig hielten, nicht schmeichelhaft, aber es ist in der Wahrheit begründet, daß meine damaligen Ausführungen zum Nachdenken über diesen Punkt aufgerufen haben, und daß zu den vielen außerhalb des Gebiets der Presse liegenden Mitteln zur Bekämpfung der Gefahr auch das Strafgesetz gehört. Das ist auch der Standpunkt der „Provinzial-Correspondenz." Mein Bestreben, — so weit ich Einfluß auf das Blatt habe — wird immer sein, mich möglichst objectiv zu halten; aber dazu gehört nicht, Alles zu loben, was im Reichs- und Landtage vorgeht. Sie müssen dem Regierungsblatte die Freiheit zugestehen, auch die Ansicht zu vertreten. Steht sie einmal in Widerspruch mit der des Parlaments, so muß auch dieser Widerspruch in dem gouvernementalen Blatte zum Ausdruck kommen. Ich glaube, daß die Wirksamkeit der „Provinzial-Correspondenz" eine segensreiche ist. Ich halte den Gedanken, der sie ins Leben gerufen, für einen glücklichen und glaube, daß viele Staaten froh wären, wenn sie eine derartige Einrichtung hätten, mit der sie ruhig und offen Ansichten propagiren können, die, wenn sie auch heute nicht zur Geltung kommen, doch nach und nach ihre Wirkung nicht verfehlen.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Ich will dem Herrn Minister nicht entgegentreten, wenn er behauptet, daß die Regierung auf ihre Wirksamkeit in der Presse nicht verzichten könne, darauf aber könnte sie doch verzichten, ihre Gegner zu beschimpfen, wie sie dies in unerhörter Weise meiner Partei gegenüber gethan hat. Die Verantwortlichkeit für schlechte Artikel der „Provinzial-Correspondenz" abzulehnen, ist der Minister nicht berechtigt, denn wenn er keine Zeit hat, die Artikel vor dem Druck zu lesen, so mag er seine Beamten instruiren, daß sie solche Artikel nicht bringen. Die Behauptung, daß das genannte Organ trotzdem ein gutes Blatt sei und als solches allgemein anerkannt werde, widerlegt sich schon dadurch, daß das Blatt, wie überhaupt die officiöse Presse, viel zu viel lügt, um Anerkennung und Zustimmung zu finden. Auf die Bemerkung, daß mancher Staat froh sein würde, wenn er ein solches Organ besäße, kann ich nur erwidern, daß ich keinen Staat kenne, der uns um die „Provinzial-Correspondenz" beneiden dürfte. Wenn der Abg. Richter über die Angriffe des Blattes gegen die Fortschrittspartei klagt, so begrüße ich das mit Freude, denn ich hoffe, er und seine Freunde werden nun empfinden, wie uns bei den fortgesetzten Angriffen der officiösen Presse, denen sie bisher theilnahmlos zusahen, zu Muthe war. Bei früheren Etatberathungen wurde uns vom Ministertische versichert, daß die Regierung außer dem „Staatsanzeiger" und der „Provinzial-Correspondenz" kein officielles Organ habe, durch die Aeußerungen des Reichskanzlers ist aber dargethan worden, daß die Beziehungen zur „Norddeutschen Allg. Zeitung" von seiner Seite erst vor etniger Zeit abgebrochen worden seien; man hat uns also früher eine offenbare Unwahrheit gesagt. Ich hatte gehofft, der Herr Minister des Innern würde, dem Beispiel des Reichskanzlers folgend, uns heute mit der Erklärung überraschen, daß er auch seinerseits bereit sei, die inneren Reptilien zu entlassen. Zu meinem Bedauern sehe ich, daß ich mich geirrt habe, gebe mich aber der Hoffnung hin, daß bis zur Berathung des Etats seines Ministeriums, wo uns der Gegenstand noch einmal beschäftigen wird, die bessere Erkenntniß gesiegt haben wird. Wir werden dann auch Gelegenheit haben, alles Unrecht gut zu machen und den Welfenfonds, den man für die Reptilien ja nicht mehr nöthig hat, seiner vertragsmäßigen Bestimmung zurückzugeben.

Minister Graf zu Eulenburg: Auf die Bemerkungen des Vorredners kann ich erklären, daß das Ministerium des Innern außer den genannten officiellen Organen kein einziges Blatt hat, zu welchem sie Beziehungen unterhält; auch mit der „Norddeutschen Allg. Zeitung" habe ich nicht das Allergeringste zu thun. Dem Abg. Richter gegenüber bemerke ich noch, daß der in Rede stehende Fonds dadurch nicht überflüssig geworden ist, weil der Herr Reichskanzler seine Verbindungen mit der Presse aufgegeben hat. Ich kenne diese früheren Verbindungen nicht, glaube aber schwerlich, daß die Zeitungen, welche Mittheilungen des Reichskanzlers enthielten, dafür noch bezahlt worden sind. Vielmehr bin ich überzeugt, daß die Blätter ihrerseits viel Geld geben würden, wenn sie solche Mittheilungen bekommen könnten.

Abg. Windthorst (Meppen): Nachdem der Reichskanzler und soeben auch der Herr Minister des Innern erklärt haben, daß sie zu der „Norddeutschen Allg. Zeitung" in keiner Beziehung stehen, so bliebe noch die Möglichkeit, daß das Staats-Ministerium als solches derartige Beziehungen unterhielte. Wenn der Herr Minister nicht auch dieser Voraussetzung ein kategorisches Nein entgegensetzt, so werde ich annehmen, daß er als Minister des Innern zwar keine Verbindung mit dem genannten Blatt hat, wohl aber als Mitglied des Staatsministeriums. (Heiterkeit.)

Minister Graf zu Eulenburg: Nun denn, ein kategorisches Nein! (Große Heiterkeit.)

Abg. Richter: Daß die großen, sogenannten Weltblätter für ihre Beziehungen zur Regierung nicht bezahlt werden, glaube ich gern, wohl aber werden diese Fonds für die kleine Presse verwendet. Gegen die Polemik des Herrn Ministers, die er uns gegenüber unterhält, habe ich nichts einzuwenden; es fragt sich nur, ob für diesen Zweck Staatsgelder verwendet werden sollen. Es ist doch eine eigene Zumuthung für die liberale Partei, daß sie selbst die Mittel für die gegen sie gerichteten Angriffe bewilligen soll. Was unsere Stellung zur Socialdemokratie betrifft, so haben wir dieselbe von Anfang an mit aller Entschiedenheit bekämpft, ich erinnere Sie nur an die Vorträge des Abg. Schulze-Delitzsch; an Boden gewann die Bewegung erst, als die Haltung der Regierung ihr gegenüber zweifelhaft wurde. Denken Sie an die Weberdeputation, die damals beim Könige eingeführt wurde, überall haben sich die Arbeiter in ihren Versammlungen auf die ihnen bei dieser Gelegenheit gemachten Zusicherungen berufen. Als Lassalle von Solingen aus sich bei dem Ministerpräsidenten v. Bismarck telegraphisch beschwerte, daß der „fortschrittliche Bürgermeister" eine Volksversammlung aufgelöst habe, mag das von ihm eine Dreistigkeit gewesen sein, es wurde aber im Publikum der Glaube erweckt, als stehe dem socialdemokratischen Agitator die Unterstützung der Regierung zur Seite. Wenn es später in Berlin einer Bande von Schreiern ermöglicht wurde, die liberalen Versammlungen zu sprengen, so konnte dies nur geschehen, weil den Letzteren der polizeiliche Schutz fehlte. Als über das Verhalten der überwachenden Beamten bei der Sprengung der Versammlung im Concerthause hier Beschwerde erhoben wurde, billigte der Minister des Innern das Auftreten der Schutzleute mit dem Bemerken, daß durch ihr Eindringen in den Saal der Scandal nur vermehrt worden wäre. Angesichts solcher Aeußerungen verbreitete sich natürlich der Glaube, daß politische Versammlungen vogelfrei seien. Jedenfalls würde die socialdemokratische Bewegung ohne die zweifelhafte Haltung der Regierung nie die Bedeutung gewonnen haben, daß man es jetzt hätte für nöthig halten müssen, besondere Strafgesetzparagraphen gegen dieselbe zu schaffen.

Minister Graf zu Eulenburg: Die Regierung hat unzweifelhaft richtig gehandelt, daß sie die socialdemokratische Bewegung eine Zeit lang sich frei entwickeln ließ, um dann der Welt zu zeigen, welche Bewandtniß es mit dieser Agitation habe. Die Beamten selbst sind über das Wesen und die Gefährlichkeit jener Versammlungen von Anfang an im Klaren gewesen, die Bevölkerung aber hatte kein Bewußtsein davon und würde ein Einschreiten der Regierung als einen willkürlichen Eingriff in die öffentliche Freiheit betrachtet und die Bewegung dadurch unterstützt haben. Jetzt, nachdem es Jedem, der gesunden Menschenverstand besitzt und etwas zu verlieren hat, einleuchtend geworden ist, welche Bewandtniß es mit der Socialdemokratie hat, liegt die Sache anders. Jedenfalls war es politisch richtig, die Frucht nicht eher anzufassen, als bis sie reif geworden, und das war sie vor zehn Jahren noch nicht.

Abg. Richter (Hagen): Ich weiß nicht, ob die letzte Erwiderung des Herrn Ministers im Lande einen anderen Eindruck machen wird, als diese: man kann die Geister jetzt nicht mehr kennen, die man vielleicht nicht gerufen hat, deren Treiben aber damals zur Sprengung der liberalen Parteien und zur Zertheilung des Bürgerthums nicht unerwünscht war. (Hört! Hört!) Wir verlangen durchaus nicht von Ihnen, daß Sie die social-demokratischen Parteien und ihre Versammlungen durch dergleichen polizeiliche Mittelchen niederhalten, nein, mit diesem System haben Sie sie kürzlich gerade wieder groß gezogen. Als in den Arbeiterverhältnissen ein Umschwung eintrat, die Coalitionen, die Strikes, weil die Löhne überhaupt in Rückgang geriethen und keinerlei Aussicht boten. da war auch die social-demokratische Bewegung vollständig in Rückgang. Gerade da ist man in wenig geschickter Weise eingeschritten durch Auflösung von Versammlungen, die in den wenigsten Fällen gesetzlich war. (Sehr richtig! links.)

Durch Haussuchungen und Verhaftungen, geradezu durch Mißhandlung der Agitatoren. Dadurch hat man diese Leute erst zu Märtyrern gemacht und ihnen in den Augen ihrer Anhänger eine viel höhere Bedeutung gegeben, als sie gehabt haben würden, wenn man diese Bewegung sich selbst überlassen hätte. Gerade aus den Wirkungen solcher Polizeimittelchen, wie sie seit den letzten Wahlen gegen social-demokratische Vereine geübt worden sind, habe ich für mich in der Ueberzeugung gewonnen, daß man durch solche Mittel die Bewegung nicht niederhält, sondern schürt und stärkt. Worüber wir Anklage erheben, das ist: daß man dieser Entwickelung Raum gegönnt hat, wo sie sich außerhalb und gegen das gewöhnliche Gesetz ausbreitet, daß man gestattet hat, daß man mit Gewalt Versammlungen sprengte. tumultarisch einbrach, jedes Hausrecht verletzte und es dadurch unmöglich machte, allgemeine und öffentliche Versammlungen zu veranstalten, es sei denn, daß man vorher mit Gewalt die Gewalt vertrieb. Eben weil man die allergewöhnlichsten Strafgesetze gegen diese Banden damals außer Anwendung ließ, hat man es im hohen Maße erschwert, der social-demokratischen Bewegung in ruhiger Discussion, namentlich in Berlin, gegenüberzutreten. Der Herr Abg. Bebel hat neulich im Reichstag geradezu öffentlich die Anklage erhoben, daß Herr von Schweitzer ein bezahlter Regierungsagent gewesen ist. Ich weiß nicht, was Herr Bebel für ein Interesse gehabt haben soll, diese Anklage zu erheben, wenn er selbst nicht davon überzeugt wäre, denn er ist der Nachfolger des Herrn v. Schweitzer und er sagt damit nur, daß seine Partei, wenigstens in Berlin, künstlich von der Regierung großgezogen worden sei. Ob Schweitz erbezahlter Regierungsagent gewesen ist, weiß ich nicht, aber daß Hr. v. Schweitzer und der Geh.-Rath Hr. Wagner, wenn sie unter einer Decke gesteckt hätten und gleichmäßig aus öffentlichen Mitteln unterhalten wurden, nicht besser hätten zusammenspielen können in der ganzen Zeit, als sie zusammengespielt haben, das weiß ich. (Beifall.)

Minister Graf zu Eulenburg: Die Behauptung, daß ein socialdemokratischer Führer ein Agent der Regierung sei, ist nicht neu; es ist das ein bequemes Mittel, wenn es gilt, denselben zu stürzen. Die Weberdeputation, auf die vorher hingewiesen wurde, ist, da die Sache mein Ressort nicht berührte, meinem Gedächtniß vollständig entschwunden, ein Beweis, daß derselben eine besondere Bedeutung nicht beigelegt worden ist. Daß die Regierung eine Zeit lang gezögert hat, gegen die socialdemokratische Partei vorzugehen, hatte seinen Grund durchaus nicht in dem damals gegen die Fortschrittspartei geführten Kampfe, sondern lediglich in den von mir vorher angegebenen Erwägungen.

Die Debatte wird hiermit geschlossen und der Dispositionsfonds in namentlicher Abstimmung mit 173 gegen 131 Stimmen bewilligt. (Gegen denselben stimmt das Centrum, die Fortschrittspartei und die Polen.)

Zum Etat des Staatsarchivs fragt Abg. Röpell, ob die in diesem Jahre mehrgeforderte Summe zu bloß archivalischen Zwecken oder zu neuen Publicationen, die bisher arg vernachlässigt worden, bestimmt seien.

Regierungs-Commissar v. Sybel: Für blos archivalische Zwecke wird nur ein sehr geringer Theil der hier geforderten Summe gebraucht, der Haupttheil wird für neue Publicationen zur Verwendung kommen. Die Regierung ist auf die hierauf bezüglichen Anträge des zeitigen Directors bereitwillig eingegangen und es sind eine größere Anzahl urkundlicher, zum Theil darstellender Werke, von der Archivverwaltung bereits in Angriff genommen und werden zum Theil im Laufe dieses Jahres im Druck erscheinen. Darunter ist zu erwähnen: ein Urkundenwerk über die Geschichte der Gegenreformation in Westfalen, die Ausgabe einer Auswahl preußischer Gesandtschaftsberichte aus Paris unter der Regierung Ludwigs XVI. bis zum Beginn der Revolution, sowie die Ausgabe eines Urkundenwerks über die auswärtige Politik Preußens in den Jahren 1813, 14 und 15.

Abg. v. Heeremann beklagt sich über die Unzugänglichkeit der preußischen Archive und hofft, die gegenwärtige Archivverwaltung werde das bisherige Prinzip der Geheimhaltung nicht beibehalten, sondern eine größere Erleichterung in der Benutzung der Archive, wie dies in anderen Ländern üblich, eintreten lassen.

Regierungscommissar Geh. Rath v. Sybel: Wenn auch ein Staatsarchiv selbstverständlich niemals die Natur einer Bibliothek anzunehmen vermag und über die Benutzung strenge Vorschriften existiren, so wird von der bestehenden Verwaltung jede mögliche Erleichterung in der Benutzung gern gewährt werden.

Ein Antrag des Abgeordneten Röpell, „zur Herstellung von General-

Repertorien der Staatsarchive in erster Rate 6600 Mark zu bewilligen", wird hierauf angenommen und die übrigen Positionen nach dem Etat genehmigt.

Zu Cap. 49 „Oberexaminations-Commission zur Prüfung für die höheren Verwaltungsämter" wünscht Abg. Zelle Aufklärung darüber, wie es komme, daß hier der Etat 2910 Mark an Remunerationen für die Examinatoren aussetze, während in den Etatsbemerkungen gesagt wird, daß im Jahre 1876 voraussichtlich nur ein einziger Candidat zur Prüfung gelangen werde.

Finanzminister Camphausen erklärt, es sei bereits Einleitung getroffen, diese Remuneration einzustellen, so daß die Summe erspart werde.

Die Positionen werden bewilligt.

Zu Cap. 51 „Gerichtshof zur Entscheidung der Competenz-Conflicte" bemerkt:

Abg. v. Schorlemer-Alst: Ich und meine politischen Freunde werden gegen die hier geforderten Summen stimmen. Jeder Gerechtigkeitsliebende kann die Beseitigung dieser Behörde nur dringend wünschen. Wie tief ihre Eingriffe in das Rechtsleben und Rechtsgefühl des Volkes sind, beweist der eclatante Fall, in welchem ein Gutsbesitzer in Posen, der eine Klosterbibliothek rechtsgiltig gekauft hatte, von dem Landrath dieses seines Eigenthums mit Hilfe von Gendarmen gewaltsam beraubt wurde, ohne daß ihm irgend welche rechtliche Genugthuung zu Theil wurde, weil auf die Klage des Betreffenden die Regierung den Competenz-Conflict erhob.

Abg. Windthorst kann sich dieser Klage nur vollständig anschließen. Auch in Hannover seien die Eingriffe in den Rechtsweg durch diese Behörde und die Verletzungen des Rechtsgefühls in letzter Zeit so schreiender Natur geworden, daß die Leute ganz empört zu ihm kamen und ihn fragten: wie ist so etwas nur möglich? Er habe erwidert, sie hätten wohl ganz vergessen, daß wir ja in einem Rechtsstaat leben. (Heiterkeit.)

Nachdem Abg. Miquel erklärt, daß er und seine Partei zwar für diese Position stimmen, damit aber das Institut selbst nicht rechtfertigen wollen, wird der betreffende Posten gegen die Stimmen des Centrums vom Hause bewilligt.

Um 4½ Uhr vertagt sich das Haus bis Sonnabend 11 Uhr. (Tagesordnung: Fortsetzung der Etatsberathung.)

Berlin, 18. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Schullehrer Mathieu zu Roden im Kreise Saarlouis den Adler der Inhaber des Königlichen Hausordens von Hohenzollern verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reichs den Großherzoglich sächsischen Auditeur Schoell zum Vice-Consul des Deutschen Reiches für den Hafen von London ernannt. Demselben ist auf Grund des Gesetzes vom 8. November 1867 § 20 die allgemeine Ermächtigung zur Abhörung von Zeugen und zur Abnahme von Eiden ertheilt worden.

Se. Majestät der König hat dem Premier-Lieutenant der Reserve des Garde-Kürassier-Regiments von Buch, zu Carmzow im Kreise Prenzlau, die Kammerjunkerwürde verliehen; den Regierungsrath Adam Peter August Oscar Alexander Padberg zu Magdeburg geadelt, und dem Schlossermeister Anton Schmitt zu Coblenz das Prädicat eines Königlichen Hof-Schlossermeisters verliehen.

Dem Oberlehrer Eduard Borchard am Friedrich-Wilhelms-Gymnasium in Berlin ist das Prädicat „Professor"; und dem Lehrer Dute an der höheren Bürgerschule zu Marburg das Prädicat „Oberlehrer" beigelegt worden. — Der bisher bei der Königlichen Ministerial-Baucommission angestellt gewesene Bau-Inspector Stübe ist mit der Leitung des Baues der Gewerbe-Akademie und des Neubaues auf dem Grundstücke der Werder'schen Mühlen in Berlin betraut worden. Der bisher als Haus-Inspector der hiesigen Königlichen Museen angestellt gewesene Königliche Landbaumeister Bernhard Kühn ist zum Königlichen Bau-Inspector ernannt und demselben eine Bau-Inspectorstelle bei der Königlichen Ministerial-Baucommission hierselbst verliehen worden.

Berlin, 18. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfingen heute den zum Kommandanten von Mainz ernannten Generalmajor von Lehmann, nahmen den Vortrag des Polizeipräsidenten von Madai entgegen, und arbeiteten für Sich allein.

Beide Kaiserliche Majestäten erschienen gestern auf dem Balle Ihrer Königlichen Hoheiten des Prinzen und der Prinzessin Carl.

(Reichs-Anz.)

⊙ **Berlin**, 18. Februar. [Die ländlichen Arbeiter. — Staatssecretair v. Bülow.] In den Arbeiterverhältnissen auf dem Lande wird nach vorliegenden Berichten der landwirthschaftlichen Vereine in Betreff des Jahres 1874 insofern ein Fortschritt gegen das Vorjahr constatirt, als die Klagen über den drückenden, dem Großgrundbesitzer den Wirthschaftsbetrieb erschwerenden Mangel an Arbeitern nicht mehr so allgemein erhoben werden. Die Gründe hiervon liegen zum größten Theil darin, daß in Folge der ungünstigen mercantilen Verhältnisse die industrielle und die Bauthätigkeit beschränkt worden ist, so daß einerseits der Abzug der Arbeiter vom Lande sich sehr verringerte, andererseits sogar ein nicht unbedeutendes Contingent von Arbeitskräften zur landwirthschaftlichen Arbeit zurückgekehrt ist. Auch hat die immer allgemeiner ausgedehnte Einführung von landwirthschaftlichen arbeitsparenden Maschinen einen nicht unerheblichen Einfluß auf die Verringerung der Arbeiter-Calamität ausgeübt. Hierbei sind namentlich die Mäh-Maschinen von Wichtigkeit, weil zur Zeit der Ernte sich immer der größte Arbeitermangel zeigte. In denjenigen Provinzen, wo in früheren Jahren ein großer Theil der ländlichen Arbeiterbevölkerung den Verlockungen von Auswanderungs-Agenten oder der Hoffnung auf bessere Zustände im Auslande nachgab und die Heimath verließ, wie in Preußen, Pommern, Schleswig-Holstein, Hannover, läßt sich erfreulicher Weise eine bedeutende Verminderung der Neigung zum Auswandern erkennen. Die Höhe der Löhne ist kaum gesunken und ist eine für den landw. Betrieb außerordentliche. Als weit verbreiteter und von Jahr zu Jahr wachsender Nachtheil wird hervorgehoben, daß die Abneigung junger Arbeiter, sich in ein festes Dienstverhältniß zu begeben, trotz der hohen Löhne immer mehr zunimmt. Dieselben ziehen es vor, im Tagelohn ihre Arbeitskraft zu verwerthen, weil sie die Gebundenheit eines Gesinde-Verhältnisses scheuen. Die Einführung von Löhnung nach Leistung, Accordlohn, greift nicht in dem Maße um sich, als dies wünschenswerth ist. In den meisten Gegenden sind es nur die Erntearbeiten, Torfstechen u. s. w., wobei der Accordlohn zur Anwendung kommt, weil eben die Stimmung der ländlichen Arbeiter sich mehr dem Arbeiten nach Tagelohn zuneigt. — Der Staats-Secretär von Bülow ist soweit wieder hergestellt, daß er gestern seine amtlichen Functionen wieder aufnehmen konnte.

= **Berlin**, 18. Februar. [Sitzung des Bundesraths. — Das Gefängnißgesetz. — Die Wegeordnung. — Truppen-Uebungen.] Der Bundesrath hielt heute Nachmittag 1 Uhr im Reichskanzleramt eine Plenarsitzung unter dem Vorsitz des Staatsministers Delbrück. Ein Antrag, betreffend die bei der Pensionirung zweier Post-Unterbeamten in Anrechnung zu bringende Kirchen- und Gemeinde-Dienstzeit, ging an den Rechnungsausschuß. Es folgte Beschlußfassung über die Anträge, betreffend die weitere Behandlung der Entwürfe des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Proceßordnungen; die Vertheilung eines weiteren Betrages aus dem Antheile des Norddeutschen Bundes an der französischen Kriegskosten-Entschädigung. Sodann schritt man zur Wahl von Mitgliedern der Reichsschulden-Commission und zur Verstärkung der letzteren. Der bereits mitgetheilte Antrag der Ausschüsse, betreffend die Anwendung des Reichsbankgesetzes auf diejenigen Notenbanken, welche auf das Notenausgaberecht verzichtet haben, wurde den Ausschüssen zu weiterer Berathung überwiesen. Mündliche Berichte des Zollausschusses wurden erstattet über die vom Reichstage überwiesene Petition wegen Ermäßigung des Zolles für das Kindermehl des Chemikers Neslé in Vevey; eine Eingabe wegen zollfreier Einlassung von Gewürzen zur Fabrikation ätherischer Oele; eine Eingabe wegen zollfreier Einfuhr von Geräthschaften zur Rettung Schiffbrüchiger. Es folgten mündliche Berichte des Rechnungs-Ausschusses über: den zweiten Bericht der Reichsschulden-Commission, betreffend den Reichs-Invalidenfonds, und den achten Bericht der Reichsschulden-Commission, betreffend das Schuldenwesen des Reichs und den Reichskriegsschatz; endlich über den Antrag wegen Bewilligung von Remunerationen an Postbeamte für Mehrarbeiten aus Anlaß der Münzumwandlung. Ueberall wurden die Ausschußanträge angenommen. — Zu den Gegenständen, welche in der letzten Sitzung des Reichstags unerledigt geblieben, gehört das allgemein erwartete Gesetz über einheitliche Bestimmungen bezüglich der Strafvollstreckung, das sogenannte Gefängnißgesetz. Wie wir hören, liegt es in der Absicht, diese Materie jedenfalls mit den Reichsjustizgesetzen zu erledigen. Die Arbeiten, welche im preußischen Justizministerium behufs Aufstellung eines förmlichen Entwurfes gemacht worden, welcher dem Reichskanzler mit einer Denkschrift eingereicht worden, sollen dabei benutzt werden. Inzwischen wird die Ressortfrage bezüglich des Gefängnißwesens das Abgeordnetenhaus demnächst beschäftigen. Man wünscht vor wie nach, daß das Gefängnißwesen vom Justizminister ressortiren möge. Das Ministerium des Innern steht diesem Antrage durchaus ablehnend gegenüber, man geht dabei von der Ansicht aus, daß sich die Verwaltung unter den jetzigen Verhältnissen billiger stelle. Wünsche und Beschwerden über das Gefängnißwesen sollen dabei wieder von verschiedenen Seiten geltend gemacht werden. — Die Commission für die Wegeordnung hofft, gestützt auf ihre vorjährigen umfangreichen Arbeiten in dieser Session, sehr bald an das Plenum berichten zu können. — Die für den nächsten Sommer und Herbst angeordneten Truppen-Uebungen werden eine Erweiterung gegen frühere Jahre erfahren. Es sollen zum ersten Male Seitens der einzelnen Truppentheile und zwar in der ersten Hälfte des Juni Gefechts- und Schießübungen im Terrain stattfinden. Beispielsweise werden die in Berlin garnisonirenden Truppen zu diesen Uebungen in dem gedachten Monat auf 12 Tage in die Umgegend ausrücken. Zur selben Zeit sind Uebungen der Landwehr-Bataillone angeordnet, wie sie in diesem Umfange seit 1868 nicht stattgefunden haben. Die Bataillone und Compagnien der Landwehr sollen durch active Offiziere commandirt werden.

[Die ultramontane Presse.] Der clericale Verleger Wörl in Würzburg hat kürzlich einen „katholischen" Zeitungskatalog herausgegeben, in welchem Heerschau abgehalten wird über die den ultramontanen Tendenzen dienenden periodischen Preßerzeugnisse Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und der Schweiz. Das Verzeichniß zählt in den genannten Ländern nicht weniger als 368 Blätter auf, von denen 310 in deutscher, die übrigen 58 in fremden Sprachen erscheinen. Auf das Deutsche Reich kommen davon 248, auf Oesterreich-Ungarn 76, die Schweiz 44. In Deutschland ist unsere Rheinprovinz am stärksten mit clericalen Blättern gesegnet, nämlich mit 67; dann folgt Westfalen mit 31, Schlesien mit 14, Preußen und Hannover mit je 6, Hessen-Nassau mit 5 u. s. w. Von den politischen Zeitblättern zählt das berüchtigte „Baierische Vaterland" Ehren-Sigl's die meisten Abonnenten, 12,000; nach ihm kommt das viel nicht bessere „Huttler'sche „Neue Augsburger" mit 11,000; als drittverbreitetste sind die „Eichsfelder Volksblätter" mit 9000 angegeben und dann folgen secundum ordinem die „Kölner Volks-Zeitung." (8600), die „Essener Volks-Zeitung" (8000), „Germania" (7025), „Düsseld. Volksbl." (6800) u. s. w. Die als Gegengift gegen die „Gartenlaube" gegründeten gutkatholischen Unterhaltungsblätter „Alte und Neue Welt" und „Deutscher Hausschatz" geben ihre Abonnentenzahl auf 60,000 resp. 40,000 an. Da die „Gartenlaube" die Zahl ihrer Abonnements auf 415,000 angiebt, kann sie der clericalen Concurrenz einstweilen noch immer mit Ruhe gegenüberstehen. Auch Witz und Satyre sind für den Ultramontanismus mobil gemacht in den Münchener Blättern: „Das Narrenschiff" und „Die Bremse", von denen für's erstere 10,500, für's letzte 4000 Abonnenten angegeben werden. Als wünschenswerth wird es bezeichnet, in München und Wien zwei große Centralorgane zu gründen, welche annähernd den Einfluß und die Bedeutung für Süddeutschland hätten, wie sie die „Germania" für Preußen besitzt.

* [Auf der Eisenbahnstrecke Köln-Verviers] ist in Folge eingetretener Ueberschwemmung des Eisenbahn-Fahrdammes und dadurch herbeigeführter Erdrutschung der regelmäßige Eisenbahnbetrieb seit dem 17. Februar gehemmt. Von diesem Tage ab, muß bis auf Weiteres zur Beförderung der Post, statt des unmittelbaren Weges, von Köln nach Aachen, die Eisenbahnverbindung über Euskirchen und Düren bezw. über Neuß und Düren, zum Theil unter Einstellung besonderer Züge, benutzt werden. Dieser Umweg wird unter Umständen eine Verzögerung bei der Ueberführung der betreffenden Correspondenz, namentlich im Verkehr mit Belgien, Frankreich, England ꝛc., gegenüber den sonst bestehenden Beförderungs-Einrichtungen nicht ganz vermeiden lassen.

[Sr. Maj. Schiff „Gazelle"] ist am 17. d. M. in Montevideo eingetroffen und beabsichtigte am 19. cr. die Reise nach der Heimath fortzusetzen.

Braunschweig, 17. Februar. [Zum Prozeß Rasch.] Der Verhandlung präsidirt der Obergerichts-Director v. Pawel. Was das Vorleben des nicht erschienenen Angeklagten betrifft, so ist zu erwähnen, daß er er wegen Betheiligung an revolutionären Umtrieben zu fünfzehnmonatlicher Festungshaft und Verlust der Nationalcocarde, später wegen Veranstaltung einer Lotterie zu 10 Thlr. Geldbuße, endlich wegen einer Beleidigung des Generals Vogel v. Falckenstein zu einer Geldbuße von 25 Thlrn. verurtheilt worden ist. Von den Zeugen des Angeklagten ist Niemand erschienen. Nach Verlesung der Anklage beantragt der Herr Staatsanwalt Koch die Verlesung der Zeugenaussagen. Dagegen protestirt der Herr Vertheidiger Röpcke. Der Gerichtshof zieht sich zurück und beschließt die beantragte Verlesung. Es wird damit begonnen. Die Aussage des Fürsten Bismarck läuft darauf hinaus, daß er sich etwaiger Aeußerungen, die er nach dem Buche gemacht haben soll, nicht entsinne. Er wolle dies sagen, obwohl er zum Zeugniß nicht verpflichtet sei. Es kommen noch zur Verlesung die Aussagen des Herzogs von Augustenburg (derselbe erinnert sich ebenfalls nicht der ihm in den Mund gelegten Aeußerungen), der Herren Lauth, Carré, Guerber, Leistenberger, Richter, Aegidi, Sonnemann, Durand, Teutsch; hier wurde eine kleine Pause gemacht. Nach derselben wurden noch Protokolle über die Aussagen des Herrn Fessel, so wie Mittheilungen über die Persönlichkeit der genannten Zeugen verlesen, die wohl durchweg zu Gunsten der letzteren lauteten. Um 12½ Uhr wurde die Sitzung bis 3 Uhr vertagt.

Köln, 18. Februar. [Banquier v. Kaufmann.] Gestern ist 2 Meilen unterhalb Kölns im Rhein die Leiche des vor einiger Zeit ertrunkenen Banquiers von Kaufmann-Asser aufgefunden worden.

Dresden, 18. Februar. [Der Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen] und die Frau Kronprinzessin wohnten gestern dem Hofballe mit dem Könige und der Königin von Sachsen bis zum Schlusse bei und sind heute Vormittag um 10 Uhr nach Berlin abgereist. Der König, die Königin und die prinzlichen Herrschaften geleiteten den Kronprinz und die Kronprinzessin zum Bahnhofe, woselbst auch der Großherzog Johann Albrecht von Mecklenburg und der preußische Gesandte anwesend waren und auch der Ehrendienst sich verabschiedete.

Frankfurt a. M., 18. Februar. [Das eingetretene Hochwasser] ist noch im Steigen und hat den Quairand am Fahrthor bereits überschritten.

Mainz, 16. Februar. [Auflösung.] Nachdem durch die bekannte Entscheidung des königl. Obertribunals zu Berlin der Verein deutscher Katholiken für den Bereich der preußischen Monarchie als verbotener Verein erklärt worden war, beschloß der in Mainz domicilirte Vorstand, auf heute eine außerordentliche General-Versammlung zu berufen und derselben den Vorschlag zu unterbreiten, den Verein überhaupt aufzulösen. Die Versammlung, welche zahlreich besuche war, adoptirte einstimmig diesen Beschluß, und wurde hiernach der Verein gestern Mittag definitiv aufgelöst.

München, 17. Februar. [Ueber das Lebensende des Generals v. La Roche] schreibt man der „Allgem. Ztg." von hier das Folgende: In bester Gesundheit begab sich derselbe, einer Einladung des königl. Kriegsministers Herrn v. Maillinger Folge leistend, an die im Kriegsministerial-Gebäude bereit stehende Tafel, an welcher sich auch die Prinzen Luitpold, Ludwig, Arnulf ꝛc., die hiesige Generalität ꝛc. eingefunden hatten. Kurz nach 4¼ Uhr Nachmittags, nachdem nach dem Service von Austern die Suppe gegeben war, sank der General-Capitän ohne jeden Laut und schmerzlos auf seinen Stuhl zurück. Kurz zuvor hatte er noch mit dem Kriegsminister mehrere Worte gewechselt und auch dessen Hand erfaßt. Ein Herzschlag hatte dem braven Manne ein schnelles, sanftes Ende bereitet. Alle angewandten ärztlichen Hilfeleistungen waren erfolglos. Die Bestürzung war eine allgemeine, und wurde die Tafel sofort aufgehoben. Der Verstorbene welcher sich in allen Schichten der hiesigen Bevölkerung der vollsten Hochachtung und Verehrung zu erfreuen hatte, war zu Heidelberg am 25. April 1802 geboren, stand sonach im 74. Lebensjahre. Frhr. v. La Roche war mit der Erziehung weiland des Prinzen Adalbert betraut, und bekleidete das Amt eines Hofmarschalls bei dem Prinzen Luitpold und lange Jahre bei dem verstorbenen König Ludwig I. Seine Ernennung zum Generalcapitän der Leibgarde der Hartschiere erfolgte unterm 27. April 1872, worauf ihm unterm 8. Juli 1875 der Charakter als General der Cavallerie verliehen wurde. Feldzüge hatte der Verstorbene nicht mitgemacht.

Nürnberg, 18. Februar. [Das Hochwasser] hat in der vergangenen Nacht eine Höhe erreicht, wie sie seit dem Jahre 1849 noch nicht wieder erreicht war. Der Verkehr zwischen den beiden Ufern des Flusses ist nur an einer Stelle möglich, sämmtliche übrigen Uebergänge sind gesperrt.

Oesterreich.

Wien, 18. Februar. [Ueberschwemmung.] Nachdem der Eisstoß der Donau sich heute früh um 3 Uhr in Bewegung gesetzt hatte, ist das Wasser im Hauptstrom wie im Canal seit Vormittags im Steigen begriffen. Um 1¼ Uhr Nachmittags wurde das dritte Nothsignal gegeben, zum Zeichen, daß die Gefahr einer Ueberschwemmung unmittelbar bevorsteht.

Wien, 18. Februar. [Dem Abgeordnetenhause] wurde heute vom Minister des Innern, v. Lasser, der zum ersten Mal seit seiner Erkrankung wieder im Hause erschien und lebhaft begrüßt wurde, der Gesetzentwurf, betreffend die Unterstützung der nothleidenden Bevölkerung in Galizien, vorgelegt. Der Gesetzentwurf wurde sofort dem Budgetausschusse überwiesen. Die Vorlage betreffs Herstellung der Locomotivbahn Erbersdorf-Würbenthal wurde in zweiter Lesung angenommen. Der Handelsminister war lebhaft für dieselbe eingetreten. — Das Herrenhaus hat heute die Delegationswahlen vorgenommen.

Die „Politische Correspondenz" wendet sich in einem augenscheinlich inspirirten Artikel gegen den Vorwurf, daß mit der vom Finanzminister projectirten Emission einer österreichischen Goldrente in die einheitliche Rente Bresche gelegt werde. Ein flüchtiger Rückblick auf das Gesetz vom 24. December 1867 lasse erkennen, daß die einheitliche Rentenschuld und speciell jene Schuld, wozu Ungarn einen Beitrag leiste, ein abgeschlossenes Ganze bilde. Die neue Operation bedeute thatsächlich in jedem Sinne eine neue Schuld, die allein die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder belaste. Der Finanzminister habe ein neues von der einheitlichen Rente sich unterscheidendes Effect creiren müssen; es sei vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit aus zu erwägen gewesen, worin die unterscheidenden Momente zu bestehen haben würden.

[Die Ueberschwemmung.] Gegen 3 Uhr stieg das Wasser im Donaucanale in rapider Weise; nachdem aber der Schutzdamm unweit Freidenau weggerissen worden war, fiel dasselbe wieder um 5 Fuß. In den niedrig gelegenen Gassen des 2., 3. und 9. Bezirks dringt das Wasser bereits in die Keller, auch der Centralkirchhof ist unter Wasser und sind Beerdigungen auf demselben sistirt. Der Kaiser und die Kaiserin besuchten Nachmittags die von der Ueberschwemmung bedrohten Stadttheile.

Prag, 18. Februar. [Die Moldau] ist ausgetreten und hat die niedrig gelegenen Gassen der Altstadt, der Josephstadt, der Kleinseite, sowie einen Theil der Moldauinseln überschwemmt. Die Quaibauten stehen gleichfalls unter Wasser. Das Wasser steigt noch fortwährend.

Schweiz.

Bern, 15. Febr. [Zum Referendumsrecht. — Vom Polytechnicum in Zürich. — Zur Bern-Luzern-Bahn.] Die Bestimmungen, welche der Bundesrath, betreffend die amtliche Bestätigung der Unterschriften für die in Zukunft einlaufenden Referendums-Begehren festgestellt hat, berühren hauptsächlich folgende drei Punkte: 1) Bestätigung der Stimmberechtigung in eidgenössischen Dingen; 2) daß das Referendumsrecht in der politischen Gemeinde, in der man stimmberechtigt ist, ausgeübt worden ist, und 3) Anzeige der Zahl der Unterschriften durch den Gemeindevorsteher auf der Liste selbst, damit nicht nach der Legalisation neue Unterschriften von nicht stimmberechtigten Bürgern hinzugefügt werden können. — In seiner heutigen Sitzung hat der Bundesrath Herrn Dr. Georg Lunge von Breslau, gegenwärtig Director einer Fabrik chemischer Producte in Westoc, South-Shields (England), an die Stelle des verstorbenen Dr. Kopp zum Professor der Chemie und chemischen Technologie am eidgenössischen Polytechnicum in Zürich, verbunden mit der Direction des dortigen chemisch-technischen Laboratoriums, ernannt. — Die in Olten stattgefundene Versammlung der Obligationsgläubiger der Bern-Luzern-Bahn hat sich mit der von deren Directorium, behufs Vermeidung des Concurses vorgeschlagenen und von der Berner und Luzerner Regierung genehmigten Vereinbarung nicht einverstanden erklärt, wohl aber auf Grundlage von Vorschlägen der Creditoren ein neues Project zur Verständigung ausgearbeitet, über welches die genannten Regierungen zunächst zu entscheiden haben werden. Wie es heißt, steht eine Verständigung in Aussicht.

Provinzial-Zeitung.

* **Breslau**, 19. Februar. [Orden.] Wie uns aus Berlin gemeldet wird, ist dem königlichen Musikdirector B. Bilse in Berlin von Sr. Maj. dem Kaiser von Rußland der Stanislaus-Orden 3. Kl. verliehen worden.

[Die städtischen Collegien von Elbing]. haben an den Oberbürgermeister und Reichstagspräsidenten v. Forckenbeck, der bekanntlich längere Zeit zu Elbing Rechtsanwalt und Stadtverordneter war, eine Condolenzadresse folgenden Inhalts erlassen:

„Ew Hochwohlgeboren haben jüngst durch einen plötzlichen Hingang Ihrer verehrten Frau Gemahlin einen schweren und unersetzlichen Verlust erlitten. Wenn dieses Ereigniß schon um seiner selbst willen in allen Schichten der Bevölkerung unserer Stadt ein inniges Mitgefühl hervorgerufen hat, so mußten insbesondere die Herren Stadtverordneten, deren Collegium Ew. Hochwohlgeboren eine Reihe von Jahren angehört haben, und mit denen gemeinschaftlich Sie in guten und schlimmen Tagen zum Besten unserer Stadt gewirkt haben, den harten Schicksalsschlag, der Sie betroffen, warm mit empfinden. Dieselben haben denn auch in ihrer ersten Sitzung vom 11. d. M. einmüthig beschlossen, Ihnen, hochgeehrter Herr, ihre aufrichtige Theilnahme auszudrücken und uns ersucht, diesen Beschluß Ihnen zu übermitteln. Indem wir diesem Wunsche hierdurch ungesäumt nachkommen, können auch wir nicht unterlassen, uns dem Ausdruck herzlichen Mitgefühls anzuschließen, mit dem Wunsche, daß es Ihnen vergönnt sein möge, in dem Aufblühen Ihrer werthen Familie Ersatz für Ihren herben Verlust zu finden. Elbing, 12. Februar 1876. Der Magistrat. Thomale."

⁂ [Niederschlesisch-Märkischer Bahnhof.] Der Courierzug 1 ist mit 40 Minuten Verspätung eingetroffen, und zwar wegen Defectwerden der Maschine bei Buschmühle und Finkenheerd.

☼ **Namslauer Kreis**, 17. Februar. [Zum Culturkampf.] Und sie hieben sich, daß die Hunde das Blut leckten — d. h. immer bei der Wahrheit geblieben — hätten lecken können — denn es war keiner dabei — so erzählte mir der Lehrer. — In Sterzendorf ist nämlich eine evangelische, in Steinersdorf eine katholische Schule. — Um die österliche Zeit da gehen nun die evangelischen Kinder über 12 Jahre aus Steinersdorf nach Sterzen-

dorf und umgekehrt die katholischen Kinder aus Sterzendorf nach Steineisdorf in die katholische Schule, um den confessionellen Unterricht zu erhalten. Auf dem halben Wege treffen diese Streiter zusammen, was allerdings unnöthig wäre, da die Brieg-Moldauer Chaussee, zwar nur 24 Fuß breit, dennoch den erforderlichen Raum gewährt, um ruhig an einander vorüber passiren zu können. Allein das findet gegenwärtig nicht mehr statt, jetzt heißt es: „Hie Pius" — „Hie Falk!" — drauf — drauf — und täglich wird ein Kampf gekämpft, in dem es blutige Köpfe giebt. — So manche Jeanne d'Arc feuert die muthigen Streiter zum Kampfe an, greift auch wohl selbst durch einen Griff in die ketzerischen Haare eines Feindes in den Kampf mit ein, genug, die Sache wäre zum Todtlachen, diese 12- und 13jährigen Kinder sich mit dieser Erbitterung prügeln zu sehen, wenn sie eben doch nicht so verdammt ernst wäre. — Dahin sind wir also gekommen! — Doch lassen wir jede unliebsame Nebenbemerkung bei Seite, um nicht womöglich mehr Oel dazwischen zu gießen, mag Jeder sich das Seine denken, vielleicht giebt die „Germania" eine genügende Erklärung.

Berlin, 18. Februar. Die gestern aufgetretene feste Stimmung übertrug sich auch auf den heutigen Verkehr, doch vermochte dieser die bisher ihm so eng gezogenen Grenzen trotzdem nicht zu überschreiten. Regeres Leben fand nur auf dem Gebiete der internationalen Speculationswerthe statt. Oesterr. Creditactien eröffneten in wenig fester Haltung und setzten mit einer Notiz ein, die um 3 M. gegen den gestrigen Schlußcours zurückblieb; bald besserte sich indeß die Tendenz und der Cours konnte fortdauernd in steigender Richtung sich bewegen, so daß das gestrige Niveau nicht nur zurückgewonnen, sondern zeitweise auch überschritten wurde. In ähnlicher Haltung verkehrten Oesterr. Staatsbahnactien; diese schlossen zwar mit höchster Notiz, blieben jedoch noch unter gestrigem Schlußcours. Lombarden betheiligten sich zwar weniger am Verkehr, trugen aber von vornherein einen festen Charakter und schließen mit einer Avance von 4½ Mark gegen gestern. Oesterreich. Nebenbahnen erfreuten sich auch heute wieder einiger Vorliebe und gingen unter zahlreichen Courserhöhungen lebhaft um; zu den bevorzugtesten gehören Galizier, Aussig-Teplitz, Albrechtbahn, Böhmische Westbahn, Dux-Bodenbach und Elisabeth-Westbahn. Die localen Speculationseffecten verhielten sich sehr ruhig, ließen aber trotzdem Festigkeit nicht vermissen. Disconto-Comm. 127, ult. 125¾—7½—7, Dortm. Union 9½, Laurah. 59, ult. 57¾—59. Auswärtige Staatsanleihen begegneten geringer Nachfrage und waren im Ganzen matt, nur 1860er Loose zogen an. Türken behauptet. Oesterr. Renten gedrückt und Italiener nachgebend. Von Russischen Werthen waren £-Anleihen beliebt und steigend. Preußische und andere Deutsche Staatspapiere unbelebt, letztere eher matt. Baierische und Badische Prämien-Anleihe nachlassend. Köln-Mindener Loos-Antheile gleichfalls niedriger. Das Geschäft in Eisenbahn-Prioritäten blieb geringfügig bei fester Tendenz. Auf dem Eisenbahnactienmarkte herrschte eine feste Tendenz und hielten sich die Notirungen des geringen Geschäfts-Verkehrs wegen meist auf gestrigem Niveau. Lüttich-Limburger und junge Thüringer beliebt und sehr rege. — Von Prioritäts-Stamm-Actien Halle-Sorauer matt, Märkisch-Posener fest. Bank-Actien still. Centralbank für Genossenschaften sehr belebt und steigend, ebenso Schaaffhausen besser. Preuß. Hypotheken-Actien-Bank zog etwas an. Englische Wechslerbank höher. Coburger Credit begehrt. Börsenhandelsverein lebhaft. Geraer Credit und Braunschweiger Bank anziehend. Mecklenburger Boden-Credit beliebt. Provinzial-Gewerbe-Bank weichend. Industriepapiere ohne regeren Verkehr. Böhm. Brauhaus höher, Centralheizung blieben zu höherem Course lebhaft gefragt, Flora höher, Westend matt, Germania Waggonfabrik gesucht, Sentker steigend, Hartmann zwar niedriger, aber in regem Verkehr, Oberschles. Eisenbahnbedarf besser, Zimmermann Werkzeug nicht unbedeutend herabgesetzt, Leopoldshall matt, Cöln-Müsen und Berg.-Märkische Bergwerke zu besserem Course beliebt, Cöln. Bergwerke sehr fest, Warsteiner belebt, Massener besser, Bonifacius fest, Aachen-Höngen und Courl matt, König Wilhelm niedriger, Phönix A. gedrückt, Bochum A. und namentlich B. weichend. — Um 2½ Uhr: Tendenz: ziemlich fest. Credit 313, Lombarden 201, Franzosen 507½, Reichsbank 158¾, Disconto-Commandit 126⅛, Dortmunder Union 9½, Laurahütte 59, Köln-Mindener 98, Rheinische 115¼, Bergische 81, Rumänen 27,40.

(Bank- u. H.-Z.)

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 18. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 M. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 204, 50, Pariser Wechsel 81, 30, Wiener Wechsel 176, 15. Böhmische Westbahn 162¾, Elisabethbahn 144¼, Galizier 172, Franzosen*) 254¼, Lombarden*) 100½, Nordwestbahn 123, Silberrente 64¾, Papierrente 60⅜, Russ. Bodencredit 85⅜, Russen 1872 98⅞, Russ. Anleihe de 82 —, Amerikaner de 1885 102⅛, 1860er Loose 113⅞, 1864er Loose 295, 60, Creditactien*) 157¼, Nationalb. 771, 00, Darmstädt B. 113¼, Brüsseler Bank —, Berliner Bankverein 77, Frankf. Bankverein —, dto. Wechslerbank 76⅞, Deutsch-österreichische Bank 90½, Meininger Bank 75, Hahn'sche Effectenbank —, Reichsbank 159⅜, Continental —, Hess. Ludwigsbahn 98½, Oberhessen 73, Ungarische Staatsloose 166, 70, do. Schtzw. alte 93⅜, do. neue 91⅞, Central-Pacific 92⅝, Türken —, Ung. Ostb.-Obl. II. 65⅛. Deutsche Vereinsbank —. Pardubitzer Actien —. Günstig. Speculationspapiere und Anlagewerthe wurden höher umgesetzt.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 156⅞, Franzosen 253⅞, Lombarden 101, Galizier 173¾, 1860er Loose —. Oesterreichisch-deutsche Bank —. Reichsbank —.

*) Per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 18. Februar, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 116¾, Silberrente 64⅝, Credit-Actien 156½, Nordwestbahn —, 1860er Loose 114⅛, Franz. 634, Lombarden 252, Ital. Rente 71½, Vereinsbank 119½, Laurahütte 58¼, Commerzbank 89, do. II. Emission —, Norddeutsche 126⅛, Provinzial-Disconto —, Anglo-deutsche 56½, do. neue —, Internationale Bank 85, Amerikaner de 1885 96¼, Köln-Mindener St.-A. 98¼, Rheinische Eisenbahn do. 115¾, Bergisch-Märkische do. 81¼, Disconto 3 pCt. — Fest und steigend.

Wechselnotirungen: London lang 20, 28 Br., 20, 22 Gld., London kurz 20, 48 Br., 20, 40 Gld., Amsterdam 168, 40 Br., 167, 60 Gld., Wien 175, 00 Br., 173, 00 Gld., Paris 80, 75 Br., 80, 15 Gld., Petersburger Wechsel 261, 50 Br., 259, 50 Gld., Frankfurt a. M. pr. 100 Mk. —, — Br., —, — Gd.

Hamburg, 18. Februar, Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen loco matt, auf Termine flau. Roggen loco und auf Termine matt. Weizen pr. Febr. 197 Br., 196 Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 Kilo 202 Br., 201 Gd. Roggen pr. Februar 147 Br., 146 Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 Kilo 150 Br., 149 Gd. Hafer ruhig. Gerste matt. Rüböl matt, loco 68, pr. Mai 66¼, pr. Octbr. pr. 200 Pfd. 65. Spiritus matt, pr. Febr. 34¾, pr. März-April 35¼, per Mai-Juni 36, per Juni-Juli per 100 Liter 100 % 36¾. — Kaffee ruhig, Umsatz 2000 Sack. — Petroleum matt, Standard white loco 13, 10 Br., 13, 00 Gd., per Februar 12, 90 Gd., per August-December 12, 00 Gd. — Wetter: Schön.

Liverpool, 18. Februar, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8—10,000 Ballen. Tagesimport 28,000 B., davon 22,000 Ballen amerikanische, egyptische 6000 B.

Liverpool, 18. Februar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 8,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. — Matt. Ankünfte theilweise 1/16 billiger.

Middl. Orleans 6⅝, middl. amerikanische 6 5/16, fair Dhollerah 4 5/16, middl. fair Dhollerah 4, good middl. Dhollerah 3¾, middl. Dhollerah 3½, fair Bengal 4, good fair Broach 4¾, new fair Domra 4 5/16, good fair Domra 4¾, fair Madras 4 7/16, fair Pernam 7⅛, fair Smyrna 5¾, fair Egyptian 6½.

Upland nicht unter low middling Januar-Verschiffung pr. Segler 6¼ D.

Petersburg, 18. Februar, Nachmittags 5 Uhr. [Schluß-Course.] Wechsel auf London 3 Mon. 31¼. do. Hamburg 3 Mon. 266. do. Amsterdam 3 Mt. 157⅛. do. Paris 3 Mt. 327½. 1864er Präm.-Anleihe (gestplt.) 215½. 1866er Präm.-Anl. (gstplt.) 215½. ½-Imperials 6, 29. Große Russ. Eisenbahn 158. Russ. Bodencredit-Pfandbriefe 104¼. Privatdisc. 6½ pCt.

Petersburg, 18. Februar, Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 54, 50. Weizen loco 11, 50. Roggen loco 6, 75. Hafer loco 4, 50, Hanf loco 36, 50. Leinsaat (9 Pud) loco 13, 25. Wetter: 9 Grad Kälte.

Antwerpen, 18. Februar, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen matt. — Roggen behauptet. — Hafer unverändert. — Gerste stetig.

Antwerpen, 18. Februar, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 30 bez. und Br., per Februar 29 bez. und Br., per März 27⅛ bez. und Br., per April 27⅛ Br., pr. September 29 Br. Weichend.

Bremen, 18. Febr., Nachmittags. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standard white loco 12, 15 bez., pr. Februar 12, 00 bez., pr. März 11, 75 Br., pr. April 11, 50 bez.

Berlin, 18. Februar. [Productenbericht.] Roggen eröffnete in matter Haltung, die Kauflust für Termine erwies sich dem Angebot jedoch überlegen, so daß die Haltung bald wieder Festigkeit erlangte. Loco ist wegen schwacher Zufuhr der Umsatz beschränkt. — Roggenmehl still. — Weizen wurde eine Kleinigkeit billiger verkauft, schließlich aber wieder etwas fester gehalten. — Hafer ist loco etwas höher zu verwerthen gewesen. Termine ohne Handel. — Rüböl flau und billiger verkauft. Die Anerbietungen waren heute reichlich. — Spiritus hat sich abermals im Werthe etwas verschlechtert; der Umsatz war lebhaft und zum Schluß die Haltung eher fest.

Weizen loco 175—213 M pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, weißer märkischer — M. ab Bahn bez., gelber mecklenburger — M. bez., gelber märkischer — M. ab Bahn bez., weißbunter polnischer — M. ab Bahn, ordinär gelb rumänischer — M. bez., pr. Februar-März — M. bez., pr. April-Mai 193½—194—193½ M. bez., pr. Mai-Juni 197½ bis 198—197½ M. bez., pr. Juni-Juli 201—201½—201 M. bez., pr. Juli-August 204½—204 M. bez., pr. September-October 206—205½ M. bez. — Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Roggen loco 146—160 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, russischer 146—149 M. bez., polnischer 149½—150½ M. bez., inländischer 156—158 M. ab Bahn bez., pr. Januar-Februar 150 M. bez., per Febr.-März 150 M. bez., pr. Frühjahr 149—150—149½ M. bez., pr. Mai-Juni 148—149 M. bez., pr. Juni-Juli 148—149 M. bez., per Juli-August 148—149 M. bez., pr. September-October — M. bez. — Gekündigt 1000 Ctnr. Kündigungspreis 150 M. — Gerste loco 132—178 M. nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loco 135—180 M. nach Qualität gefordert, ostpreußischer 150—176 M., westpreußischer 150—176 M., russischer 150—176 M., pommerscher 170—178 M. bez., mecklenburgischer 170—178 M. bez., böhmischer 168 bis 178 M. ab Bahn bez., pr. Januar-Februar — M. bez., pr. Frühjahr 161½ M. bez., pr. Mai-Juni 162½ M. bez., pr. Juni-Juli — M. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Erbsen: Kochwaare 172 bis 210 M., Futterwaare 165—170 M. — Weizenmehl pr. 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 27,00—26,00 M. bez., Nr. 00: — M. bez., Nr. 0 und 1: 25,50—24,00 M. bez. — Roggenmehl Nr. 0: 23,50—22,00 M., Nr. 0 und 1: 21,00—19,50 M. bez. — Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. Januar-Februar 20,75 M. bez., pr. Februar-März 20,80 M. bez., pr. März-April — M. bez., pr. April-Mai 20,95 M. bez., pr. Mai-Juni 21 M. bez., pr. Juni-Juli 21,10 M. bez., pr. Juli-August 21,10 M. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Oelsaaten: Raps — M., Rübsen — M. nach Qualität bez. — Rüböl per 100 Kilo loco ohne Faß 63 M. bez., mit Faß — M. bez., pr. Januar-Februar 64 M. bez., pr. Februar-März 64 M. bez., pr. April-Mai 64,5—64 M. bez., pr. Mai-Juni 64,8 bis 3 M. bez., pr. September-October 64,3—64 M. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Leinöl loco — M. bez. — Petroleum loco 29,5 M., per 100 Kilo incl. Faß, pr. Januar-Februar 28 M. Br., pr. Februar-März — M. bez. Abgelaufene Anmeldungen — M. bez., pr. April-Mai — M. bez., pr. Septbr.-October 25 M. Br. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M.

Spiritus per 10,000 Liter loco „ohne Faß" 44,4 M. bez., „mit Faß" — M. bez., pr. Januar-Februar 45,3 M. bez., pr. Februar-März — M. bez., pr. März-April — M. bez., pr. April-Mai 46,3—1—4 M. bez., pr. Mai-Juni 46,7—9 M. bez., pr. Juni-Juli 48—48,2 M. bez., pr. Juli-August 49,2—5 M. bez., pr. August-September 50,2—5 M. bez., pr. October-November — Mark bez. — Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — M.

Breslau, 19. Febr., 8½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war das Angebot etwas reichlicher, bei ruhiger Stimmung Preise schwach behauptet.

Weizen, in sehr ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 15,70 bis 18,00—19,50 Mark, gelber 15,50—16,75—18,50 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in gedrückter Stimmung, per 100 Kilogr. 14,00—14,75—16,25 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste schwache Kauflust, per 100 Kilogr. 12,50—14,50 bis 15,50 Mark, weiße 16,00—17,00 Mark.

Hafer nur vereinzelt beachtet, per 100 Kilogr. 15,00—16,30—17,60 Mark, feinster über Notiz.

Mais mehr angeboten, per 100 Kilogr. 10,20 bis 11,50 Mark.

Erbsen gut behauptet, per 100 Kilogr. 17—18—20,50 Mark.

Bohnen blieben vernachlässigt, per 100 Kilogr. 14,80—15,80—16,50 Mk.

Lupinen, nur feine trockene Qualitäten beachtet, per 100 Kilogr. gelbe 9,60—11,30 Mark, blaue 9,50—11,40 Mark.

Wicken leicht verkäuflich, per 100 Kilogr. 16,50—17,50—18,50 Mark.

Oelsaaten ohne Aenderung.

Schlaglein matter.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.						
Schlag-Leinsaat	27	—	25	—	22	25
Winterraps	30	—	29	—	28	—
Winterrübsen	29	—	28	—	26	—
Sommerrübsen	30	25	29	25	27	50
Leindotter	26	—	25	—	24	—

Rapskuchen preishaltend, pr. 50 Kilogr. 7,80—8 Mark.

Leinkuchen mehr beachtet, pr. 50 Kilogr. 9,20—9,70 Mark.

Kleesamen schwach zugeführt, — rother höher gehalten, pr. 50 Kilogr. 50—56—59—62 Mark, weißer preishaltend, pr. 50 Kilogr. 62—65—74—77 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee ohne Aenderung, pr. 50 Kilogr. 30—32—34 Mark.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Februar 18. 19.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	329''',43	329''',22	327''',12
Luftwärme	+ 2°,3	+ 3°,9	+ 2°,7
Dunstdruck	2''',40	2''',55	2''',23
Dunstsättigung	98 pCt.	90 pCt.	88 pCt.
Wind	SO. 1	SW. 1	S. 1
Wetter	trübe, Regen.	heiter.	trübe.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Köln, 18. Februar, Abends. Der Special-Correspondent der „Kölnischen Ztg." meldet aus San Sebastian: Freitag Nachmittag nahmen die Regierungstruppen in den Ebenen und Höhen von Mendizorrotz und Arratsain die letzten Sebastian bedrohenden carlistischen Batterien. In der Stadt ertönte Glockengeläute und Musik.

Wien, 18. Februar, Abends. Die Donau ist im stetigen Steigen. 9½ Uhr stand der Prater ganz unter Wasser und der Ausstellungsplatz bis an die Rotunde.

Prag, 18. Februar, Abends. Das Wasser ist fortwährend im Steigen und beträgt 3 Meter über die Normalhöhe. Auch die Flüsse Tegel, Woitawa, Beraun und Luznik überschwemmten die Niederungen. In Tetschen ist der Stand der Elbe 6 Meter über Null.

Paris, 18. Februar, Abends. Der Gerant des Journals „Republique francaise" wurde wegen eines Buffet beleidigenden Artikels zu einmonatlichem Gefängniß und 2000 Francs Geldbuße verurtheilt.

Paris, 18. Februar. Wie das „Journal officiel" meldet, haben die Carlisten in Panplata in Navarra einen französischen Capitän auf französischem Territorium getödtet. General Pourcet hat in Folge dessen eine Batterie in der Richtung auf Panplata vorgeschickt.

Deal, 18. Februar. Von den bei der Katastrophe des „Strathclyde" verunglückten Personen sind durch hiesige Böte noch 28 aufgefischt und gelandet worden; 3 von denselben sind auf dem Lande bereits gestorben, die übrigen sind meist stark erschöpft. — Der Dampfer „Dragon" von der Steam Navigation Company, welcher sich auf der Fahrt von London nach Hamburg befand, ist gestern mit einem bis jetzt unbekannt gebliebenen Schiffe zusammengestoßen und, nachdem er nach dem Zusammenstoß noch eine Viertelmeile zurückgelegt, gesunken. Menschenleben sind nicht verloren gegangen, da der Wasserstand ein sehr niedriger war.

Dover, 18. Febr., Abends. Muthmaßlich sind 37 Personen von der Strathclyde ertrunken; von den Gelandeten sind 7 seither gestorben, 21 wohlbehalten. Die „Franconia" ging Vormittags nach London ab.

Madrid, 18. Februar. Die Regierungstruppen nahmen Arroniez, Arellano, (in der Nähe Estellas) Movautin und Aberin ein. General Tassara bombardirt Estella von Villatúrta aus. Die Carlistenjunta von Guipuzcoa flüchtete auf französisches Gebiet.

Lissabon, 18. Februar. Die deutsche Corvette „Medusa" ist von Barbados hier eingetroffen.

Breslau, 19. Febr. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 56 Cm. U.-P. — M. 60 C. Eisstand.

Berliner Börse vom 18. Februar 1876.

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T	3	169,30 bz
do. do.	2 M.	3	168,55 bz
London 1 Lstr.	3 M.	4	20,26,5 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	4	81,20 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6	260,90 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	263,75 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	176,45 bz
do. do.	2 M.	4½	175,30 bz

Fonds- und Geld-Course.

Staats-Anl. 4½% consol.	4½	105,10 bzG
do. 4%ige	4	99,50 bz
Staats-Schuldscheine	3½	93,25 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	132,00 bzB
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101,50 bz
Pfandbr. Berliner	4½	101,80 bz
Pfandbr. Pommersche	3½	84,40 G
Pfandbr. Posensche neue	4	94,90 bz
Pfandbr. Schlesische	3½	85,90 G
Rentenbriefe Kur- u. Neumärk.	4	98,60 bz
Rentenbriefe Pommersche	4	97,20 bz
Rentenbriefe Posensche	4	97,00 B
Rentenbriefe Preussische	4	97,00 bz
Rentenbriefe Westfäl. u. Rhein.	4	98,70 bz
Rentenbriefe Sächsische	4	99,25 bz
Rentenbriefe Schlesische	4	97,10 bz
Badische Präm.-Anl.	4	123,60 bzG
Baierische 4% Anleihe	4	125,30 bzB
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	109,00 bz

Karh. 40 Thaler-Loose 258,75 B
Badische 35 Fl.-Loose 142,80 bzB
Braunschw. Präm.-Anleihe 83,75 bzG
Oldenburger Loose 137,75 G

Ducaten 9,51 bz	Fremd.Bkn. 99,83 bz
Sover. 20,37 bzG	einl.i.Leip. — —
Napoleons — —	Oest. Bkn. 176,75 bz
Imperials — —	Russ. Bkn. 264,45 bz
Dollars — —	

Hypotheken-Certificate.

Krupp'schePartial-Obl.	5	100,75 bz
Unkb.Pfd.d.Pr.Hyp.-B.	4½	99,00 bzG
do. do.	5	99,80 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,75 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,20 bz
Unkünd. do. (1872)	5	101,50 bz
do. rückzb. à 110	5	106,25 bz
do. do. do.	4½	98,50
Unk. H.d.Pr.Bd.-Crd.B	5	—
do. III. Em. do.	5	103,50 bzG
Kündb.Hyp.Schuld.do.	5	99,25 G
Hyp.-Anth.Nord.-G.C.B	5	101,25 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	105,50 bzG
do. do. II. Em.	5	102,00 G
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	109,50 bz
do. do. II. Em.	5	106 bz
do. 5%Pf.rkzlbr.m.110	5	102,50 bz
do.4½ do. do. m.110	4½	96,00 G
Meininger Präm.-Pfdb.	4	102,50 B
Oest. Silberpfandbr.	5½	56 G
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	— —
Pfdbf.d.Oest.Bd.-Cr.-Ge.	5	88,90 bzI
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	100,25 bz
do. do.	4½	94,00 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,00 G
do. do. 4½%	4½	98,00 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	51,00 G

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4⅕	64,60 bz
do. Papierrente	4⅕	60,30 bz
do. 54er Präm.-Anl.	4	106,50 bz
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	113,70 bz
do. Credit-Loose	—	336,75 G
do. 64er Loose	—	297,00 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	179,00 bzB
do. do. 1866	5	179,75 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	85,60 bzG
do.Cent.-Bod.-Cr.-Pfdb.	5	90,00 B
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	86,50 G
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	—
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	68,25 bzG
Amerik. rückz. p.1881	6	105,25 etbzB
do. do. 1885	6	102,20 B
do. 5% Anleihe	5	101,90 etbzG
Französische Rente	5	—
Ital. neue 5% Anleihe	5	71,75 bz
Ital. Tabak-Oblig.	6	106,50 bz
Raab-Grazer100Thlr.L.	4	78,70 bz
Rumänische Anleihe	8	104,00 B
Türkische Anleihe	5	20,25 G
Ung.5%St.-Eisenb.-Anl.	5	72,80 B

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 40,60 G
Türken-Loose 45,50 bzG

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	— —
do. III.v.St.3½g.	3½	85,40 bzB
do. do. VI.	4½	97,50 bz
do. Hess. Nordbahn	5	103,50 G
Berlin-Görlitz	5	— —
do.	4½	92,50 bz
do. Lit. C.	4½	— —
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	— —
do. do. E.	4½	96,00 B
do. do. F.	4½	96,60 B
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	92,50 B
do. do. J.	4½	91,00 bz
do. do. K.	4½	90,90 B
Cöln-Minden III. Lit.A.	4	90,80 bzG
do. Lit.B.	4½	99,25 G
do. IV.	4	92,75 B
do. V.	4	90,50 G
Halle-Sorau-Guben	5	97,90 bzG
Hannover-Altenbeken	4½	— —
Märkisch-Posener	5	102,50 B
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	97,00 G
do. do. II. Ser.	4	96,00 G
do. do. Obl.I.u.II.	4	97,00 G
do. do. III. Ser.	4	96,50 G
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	—
do. F.	4½	101 G
do. G.	4½	99 B
do. H.	4½	101,25 B
do. von 1869	5	103,75 bzB
do. von 1873.	4	—
do. von 1874.	4½	97,25 bzG
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	103,75 G
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl.Zwgb.	3½	76,50 bz
Ostpreuss. Südbahn	5	102,50 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	— —
Schlesw. Eisenbahn	4½	98,75 G
Chemnitz-Komotau	5	26,60 G
Dux-Bodenbach	5	70,00 bzG
do. II. Emission	5	64,50 G
Prag-Dux	fr.	24,50 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	85,40 G
do. do. neue	5	85,00 bzG
Kaschau-Oderberg	5	66,60 bzG
Ung. Nordostbahn	5	61,60 G
Ung. Ostbahn	5	59,80 bzG
Lemberg-Czernowitz	5	69,70 bzG
do. do. II.	5	72,50 etbzB
do. do. III.	5	65,20 bzG
Mährische Grenzbahn	5	— —
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	25,00 G
do. II.	fr.	— —
Kronpr.-Rudolf-Bahn	5	72,80 etbzG
Oesterr.-Französische	3	321,50 B
do. do. II.	3	307,40 bz
do. südl. Staatsbahn	3	238,50 bzG
do. neue	3	238,25 bzG
do. Obligationen	5	81,80 bzG
Warschau-Wien II.	5	98,00 G
do. III.	5	95,75 bz
do. IV.	5	93,10 bz
do. V.	5	90,60 bzG

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1874	1875	Zf.	
Aachen-Mastricht	1	—	4	24,70 bz
Berg.-Märkische	3	—	4	81 bz
Berlin-Anhalt	8½	—	4	105,80 bz
Berlin-Dresden	5	—	5	29,40 bz
Berlin-Görlitz	0	0	4	34,50 bzB
Berlin-Hamburg	12½	—	4	172,50 bz
Berl. Nordbahn	0	—	fr.	— —
Berl.-Potsd-Magdb.	1½	—	4	77,90 bz
Berlin-Stettin	9 11/20	—	4	127,50 bz
Böhm. Westbahn	5	5	5	81,20 bzG
Breslau-Freib.	7½	—	4	80,30 bz
Cöln-Minden	6 9/20	—	4	98,10 bz
do. Lit. B.	5	5	5	96,20 bz
Cuxhaven. Eisenb.	6	6	6	— —
Dux-Bodenbach.B.	0	0	4	13,70 bzG
Gal. Carl-Ludw.-B.	8½	—	4	86,50 bzB
Halle-Sorau-Gub.	0	—	4	13 bzB
Hannover-Altenb.	0	—	4	18,25 bz
Kaschau-Oderberg	5	—	5	53,60 bzG
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	55,75 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	—	4	176,75 bzB
Märk.-Posener	0	—	4	23,50 bz
Magdeb.-Halberst.	3	—	4	56,70 bzB
Magdeb.-Leipzig	14	—	4	204,25 bz
do. Lit. B.	4	—	4	94 bzG
Mainz-Ludwigsh.	6	—	4	98,10 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	98,30 bzG
Oberschl. A.C.D.E.	12	—	3½	139,70 bz
do. B.	12	—	3½	130,25 G
Oesterr.-Fr. St.-B.	8	—	4	— —
Oest. Nordwestb.	5	—	5	249 bzG
Oest.Südb.(Lomb.)	1½	—	4	199-201 bz
Ostpreuss. Südb.	0	—	4	28,25 bz
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	4	104,50 etbzB
Reichenberg-Pard.	4½	4½	4½	59,50 bz
Rheinische	8	—	4	115,25 bz
do. Lit.B.(4% gar.)	4	4	4	93 bzB
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	16,80 bzG
Rumän. Eisenbahn	4	—	4	27,40 bz
Schweiz Westbahn	0	—	4	17,4 bz
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101,25 bz
Thüringer Lit. A.	7½	—	4	114,25 bzG
Warschau-Wien	10	—	4	203,50 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	4	—	5	65 bzG
Berliner Nordbahn	0	—	fr.	— —
Breslau-Warschau	0	0	5	29,60 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	24,75 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	33,75 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	2½	—	5	— —
Märkisch-Posener	0	—	5	68,50 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	61,50 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	87,75 bzG
Ostpr. Südbahn	3½	—	5	72 bzG
Pomm. Centralb.	0	—	fr.	— —
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	5	108 bzB
Rumänier	8	8	8	83,75 bzG
Saal-Bahn	2½	0	5	27,40 bz
Weimar-Gera	5	2½	5	29,75 bzB

Bank-Papiere.

Allg.Deut.Hand.-G.	5	—	4	conv. — —
AngloDeutsche Bk.	0	—	4	56 G
Berl. Kassen-Ver.	19⅓	17,7	4	182 bz
Berl. Handels-Ges.	7	—	4	89,25 bzG
do.Prod.-u.Hdls.-B.	10½	—	4	— —
Braunschw. Bank	7½	—	4	87,75 bzG
Bresl. Disc.-Bank	4	—	4	64,60 bz
Bresl.Maklerbank	0	—	4	— —
Bresl. Makl.Ver.-B.	4	4	4	— —
Bresl. Wechslerb.	3½	—	4	66 G
Coburg.Cred.-Bnk.	4½	—	4	66 bz
Danziger Priv.-Bk.	6	—	4	113,60 G
Darmst. Creditbk.	10	—	4	112 bz
Darmst. Zettelbk.	6½	—	4	92,75 B
Deutsche Bank	5	—	4	79,90 bz
do. Reichsbank	—	—	4½	159,50 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7½	—	4	93,10 G
Deutsche Unionsb.	3	0	fr.	78 bzG
Disc.-Comm.-Anth.	12	—	4	127 bz
Genossensch.-Bnk.	6	—	4	90 B
do. junge	6	—	4	95,50 G
Gwb.Schuster u.C.	0	—	4	14,50 bz
Goth. Grundcredb.	9	—	4	106 bzG
Hamb. Vereins-B.	11 1/9	9 4/9	4	119 bz
Hannov. Bank	6⅔	—	4	102,50 G
do. Disc.-Bank	0	—	4	87 bzG
Königsb.Ver.-Bank	5½	5¼	4	84 G
Lndw.-B. Kwilecki	6½	—	4	— —
Leipz. Cred.-Anst.	9½	7	4	121 G
Luxemburg. Bank	9	—	4	103,50 G
Magdeburger do.	5½	5½	4	104,50 G
Meininger do.	4	—	4	75,10 bzG
Moldauer Lds.-Bk.	3	—	4	— —
Nordd. Bank	10	—	4	126,75 G
Nordd. Grundcr.-B.	9½	—	4	101 bzG
Oberlausitzer Bk.	0	—	4	54 bz
Oest. Cred.-Actien	6⅞	—	4	310,50-14 bz
Posner Prov.-Bank	6	—	4	95,25 G
Pr.Bod.-Cr.-Act.-B.	8	—	4	100,25 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	117 bzG
Sächs.Bank	10½	—	4	118,40 B
Sächs. Cred.-Bank	5	—	4	83,50 G
Schl. Bank-Verein	6	—	4	82,50 G
Schl. Vereinsbank	5	—	4	87,90 B
Thüringer Bank	6	—	4	73,25 bzG
Weimar. Bank	5½	—	4	59,30 bzG
Wiener Unionsb.	5	—	4	126,50 G

(In Liquidation.)

Berliner Bank	0	—	fr.	56 B
Berl. Bankverein	4½	0	fr.	76,40 bz
Berl. Lombard-B.	0	—	fr.	5 G
Berl.Prod-Makl.-B.	0	—	fr.	— —
Berl. Wechsler.-B.	0	—	fr.	37,50 G
Br.-Pr.-Wechsl.-B.	0	—	fr.	— —
do.Hand. u.Entrep.	0	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	0	—	fr.	90 bzG
Hessische Bank	0	—	fr.	57 G
Ndrschl. Cassenv.	0	—	fr.	— —
Ostdeutsche Bank.	6	—	fr.	81,50 G
Pos.Pr.-Wechsl.-B.	0	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	0	—	fr.	50,50 G
Pr. Wechsler-Bnk.	0	—	fr.	—
Schl. Centralbank	2	—	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	0	—	fr.	9,25 bzG

Industrie-Papiere.

Berl.Eisenb.-Bd-A.	7½	—	fr.	124 G
D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	12,90 bzG
do. Reichs-u.Co.-E.	4	—	4	71,25 bzG
Märk.Sch.Masch.G.	0	—	4	15,50 bzG
Nordd.Gummifab.	5½	—	4	49 bzG
do. Papierfabr.	4	—	4	19 B
Westend, Com.-G.	0	—	fr.	5,10 G
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	18⅗	18	4	126,25 B
Schles. Feuervers.	17	—	4	570 G
Donnersmarkhütte	4	—	4	20 etB
Dortm. Union	0	—	4	9,50 bzB
Königs- u. Laurah.	10	—	4	59 bz
Lauchhammer	0	—	4	19,50 G
Marienhütte	7½	—	4	66,10 bz
Moritzhütte	0	—	4	— —
OSchl. Eisenwerke	1	—	4	— —
Redenhütte	0	—	4	4,30 G
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	16 B
Schl.Zinkh.-Actien	7	—	4	82,25 bz
do. St.-Pr.-Act.	7	—	4½	90 B
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	50,50 bzG
Vorwärtshütte	1	—	4	— —
Baltischer Lloyd	0	—	4	37,50 G
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	6⅔	—	4	46,50 G
do. ver. Oelfabr.	5	—	4	49 G
Erdm. Spinnerei	4	—	4	20 bzG
Görlitz. Eisenb.-B.	2⅔	—	4	37,75 G
Hoffm's Wag.Fabr.	0	—	4	11,50 G
O.-Schl. Eisenb.-B.	2	—	4	— —
Schl. Leinenind.	7½	—	4	86,25 bzG
S.Act.-Br. (Scholtz)	0	—	fr.	— —
do. Porzellan	0	—	4	24 B
Schl. Tuchfabrik	0	—	4	— —
do. Wagenb.-Anst.	0	—	fr	— — 81,50 G
Schl. Wollw.-Fabr.	0	—	4	26 G
WilhelmshütteMA.	4	—	4	48 B

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.